

# KOMMUNEN GESTALTEN DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL

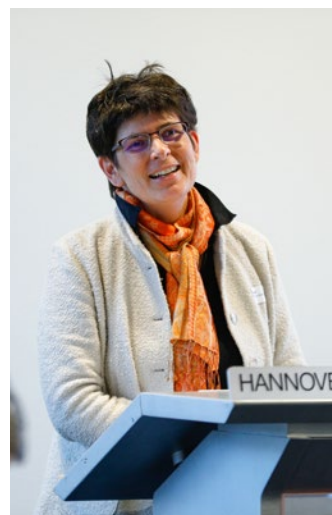
## FACHKONGRESSE 2017

> **Leipzig** 13.06.2017

> **Stuttgart** 27.06.2017

> **Essen** 26.09.2017

> **Hannover** 08.11.2017



VERANSTALTER

gesundheitsstadt  
berlin  
das hauptstadtnetzwerk

In Kooperation mit



DEUTSCHER  
LANDKREISTAG



**DStGB**

Deutscher Städte-  
und Gemeindebund

Gefördert von



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend



# Inhalt

## GRUSSWORT

---

3

## LEIPZIG

---

### Workshop A

› Wohnen im demografischen Wandel 8

### Workshop B

› Gestaltung Sozialraum im demografischen Wandel 11

### Workshop C

› Management kommunaler Beratungsangebote für ältere Menschen 15

### Workshop D

› Finanzierung demografischer Wandel durch die Kommunen und Fördermöglichkeiten 18

## STUTTGART

---

### Workshop A

› Förderung von Nachbarschaft und Ehrenamt 24

### Workshop B

› Koordination Unterstützungsangebote für ältere Menschen 27

### Workshop C

› Management kommunaler Beratungsangebote für ältere Menschen 31

### Workshop D

› Finanzierung demografischer Wandel durch die Kommunen und Fördermöglichkeiten 34

## ESSEN

---

### Workshop A

› Quartiersentwicklung im demografischen Wandel 39

### Workshop B

› Kommunen im Demografischen Wandel: Management und Finanzierung vor Ort 43

### Workshop C

› Medizinisch-pflegerische Versorgung im ländlichen Raum 46

### Workshop D

› Wohnen im demografischen Wandel 49

## HANNOVER

---

### Workshop A

› Gestaltung der Altenhilfe/Fachkräftegewinnung in der Medizin und Pflege in ländlichen Regionen 54

### Workshop B

› Was brauchen die Menschen an Beratung vor Ort, wie können die Kommunen steuern? / Finanzierung demografischer Wandel durch die Kommunen und Fördermöglichkeiten 57

## NAMENSINDEX

---

61

# Grußwort

der Bundesministerin für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend,  
Dr. Katarina Barley

Sehr geehrte Damen und Herren,



der demografische Wandel verändert unsere Gesellschaft nachhaltig. Die steigende Lebenserwartung, eine weiterhin niedrige Geburtenrate und die Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern führen dazu, dass unsere Bevölkerung auf absehbare Zeit zwar nicht weniger, aber älter und vielfältiger wird. Einige Regionen ziehen mehr Menschen an; gerade in ländlichen Gegenden haben Kommunen jedoch mit Abwanderung und sinkenden Bevölkerungszahlen zu kämpfen. Wie ländliche Räume attraktiv sein können für Unternehmen und für Familien, wie Geschäfte, Freizeitangebote, Arztpraxen und Buslinien erhalten bleiben, wie Menschen dort, wo sie gelebt haben, gut alt werden können - all das gestaltet sich vor Ort sehr unterschiedlich. Zukunftsfähige Strategien und Lösungen im demografischen Wandel müssen auf kommunaler Ebene entwickelt werden. Die Kommunen brauchen dabei allerdings die Solidarität des Bundes und der Länder, und sie tun gut daran, Bürgerinnen und Bürger in Planungen und Entscheidungen einzubinden.

Um kommunale Verantwortungsträgerinnen und -träger zu unterstützen, hat das Bundessenorenministerium im Jahr 2017 vier Fachkongresse unter dem Titel „Kommunen gestalten den demografischen Wandel“ gefördert. Zahlreiche Handlungsfelder wurden aufgegriffen, darunter das Wohnen und die Versorgung im Alter, die Förderung sozialer Netzwerke und des Ehrenamts, Quartiersgestaltung und Finanzierung. Die Kongresse stehen

im Zusammenhang einer Reihe von Maßnahmen des Bundesfamilienministeriums für eine aktive Gestaltung des demografischen Wandels vor Ort. Im Projekt „Demografiewerkstatt Kommunen“ etwa werden sehr unterschiedliche Modellkommunen fünf Jahre lang bei der Strategieentwicklung begleitet. Andere Kommunen können die gewonnenen Erfahrungen für sich nutzen. Im Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus verfolgen wir das Ziel, die Zusammenarbeit der rund 540 geförderten Häuser mit ihren jeweiligen Kommunen zu vertiefen. Die Mehrgenerationenhäuser im ländlichen Raum haben wir dabei besonders im Blick. Der Zweite Engagementbericht schließlich zeigt, welche Bedeutung dem bürgerschaftlichen Engagement bei der Bewältigung des demografischen Wandels zukommt. Zusammenhalt, Vereine, Beteiligung, Demokratie: Dieses Engagement weiter zu stärken, ist mir ein besonderes Anliegen.

Die in Leipzig, Stuttgart, Essen und Hannover veranstalteten Fachkongresse haben Wege aufgezeigt, wie Kommunen dem demografischen Wandel begegnen können. Der vorliegende Report fasst diese Inhalte zusammen. Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre.



Dr. Katarina Barley  
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Mitglied des Deutschen Bundestages



Bruno Bieser  
Kreisgeschäftsführer, DRK Kreisverband Schwäbisch Gmünd

# Leipzig

# 13.06.2017

Workshop A	
› Wohnen im demografischen Wandel	8
Workshop B	
› Gestaltung Sozialraum im demografischen Wandel	11
Workshop C	
› Management kommunaler Beratungsangebote für ältere Menschen	15
Workshop D	
› Finanzierung demografischer Wandel durch die Kommunen und Fördermöglichkeiten	18





# Wohnen im demografischen Wandel

## Moderation

Ulf Fink  
Senator a.D.,  
Vorstandsvorsitzender,  
Gesundheitsstadt  
Berlin e. V.

## Beiträge

› **Fördermöglichkeiten des Bundes im Bereich Wohnen**  
MinR Joachim Seeger  
BMUB, Referat SW II 2 Wohnen im Alter,  
Wohnungsgenossenschaften, KfW-Wohnungsbauprogramme, Berlin

› **Alternde Quartiere – was nun?**  
Dr. Axel Viehweger  
Verband Sächsischer  
Wohnungsgenossenschaften e. V.,  
Dresden

Die meisten Menschen wünschen sich im Alter ein selbstbestimmtes Leben in vertrauter Umgebung, auch wenn sie von Behinderung betroffen oder mobil eingeschränkt sind. Ausgehend von der derzeitigen Wohnsituation der Senioren wird deutlich, dass es erheblicher Anstrengungen bedarf, um Wohnungen und Wohnumfeld für die älter werdende Bevölkerung umzugestalten. Vorgestellt werden Fördermöglichkeiten für Kommunen, Wohnungs- und Bauwirtschaft sowie für Privateigentümer und Mieter.

## Wohnungen altersgerecht umbauen

Joachim Seeger vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) fasst die Wohnsituation von Senioren in Deutschland so zusammen: 75% aller Senioren müssten Treppenstufen beim Weg in ihre Wohnung bewältigen; die Bäder seien oft zu klein und nicht altersgerecht; Türschwellen würden zu sturzgefährlichen Hindernissen. Hinzu kämen, besonders im ländlichen Raum, Defizite in der Infrastruktur – lange Wege zu Ärzten, Apotheken, Einkaufsmöglichkeiten und kulturellen Angeboten bei nur lückenhaftem Nahverkehr.

Der steigende Bedarf an altersgerechten Wohnungen ist laut Seeger neben Vorgaben für den Neubau nur durch Umbau bestehender Wohnungen zu decken. Altersgerechter Umbau von Wohnungen solle auch dazu beitragen, Heimaufenthalte von pflegebedürftigen Personen zu vermeiden oder aufzuschieben, was Einsparungen bei Mitteln der Sozial- und Pflegeversicherung bedeute. Mit dem KfW-Förderprogramm „Altersgerecht umbauen“ können Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern bzw. Mieter durch Maßnahmen in sieben Bereichen einzeln oder auch kombiniert gefördert werden:

- Wege zu Gebäuden und Außenanlagen
- Eingangsbereich und Wohnungszugang
- Überwindung von Treppen und Stufen
- Umgestaltung der Raumgeometrie
- Maßnahmen an Sanitärräumen
- Bedienelemente und Hilfssysteme
- Umgestaltung zu Gemeinschaftsräumen.

Außerdem stehen Mittel für den Einbruchschutz bereit.

Für private und kommunale Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften gibt es mit dem KfW-Eigenmittelprogramm jedoch lediglich zinsverbilligte Dar-

lehen. Wünschenswerter wäre aus Sicht von Joachim Seeger ein Darlehensprogramm mit Tilgungszuschüssen, das mehr Anreize für Investoren der Wohnungswirtschaft bieten würde. Beim Tilgungszuschuss wird zusätzlich zur Zinsverbilligung ein Teil der Darlehensschuld erlassen.

Bei Umbaumaßnahmen lohne ein Blick auf weitere Förderprogramme. Um die Gesamtkosten zu reduzieren, fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie beispielsweise den Abbau von Barrieren zusammen mit energieeffizientem Sanieren. In Betracht kommen auch das Wohnumfeld verbessernde Maßnahmen, die über die Pflegeversicherung finanziert werden können. Für Kommunen interessant sei die neue Unterstützung von Pflege- bzw. Wohngemeinschaften Demenzkranker von bis zu vier Personen. Vielen Betroffenen seien diese unterschiedlichen Fördermöglichkeiten leider gar nicht bekannt, so Seeger. Deshalb brauche es Beratungsstellen oder „Kümmerer“, die beispielsweise auf altersgerechte Assistenzsysteme (Ambient Assisted Living) hinweisen und diese auch erklären können.

Selbst mit einem technisch noch so ausgefeilten Umbau der Wohnung sei es oft nicht zu erreichen, dass älter werdende Menschen gut und lange im gewohnten Umfeld leben können. Seeger eröffnet daher Perspektiven auf altersgerechten Umbau im Quartier und in der Stadt. Über die KfW läuft das Programm „Barrierearme Stadt“ als Eigenmittelprogramm - vom Toilettenhäuschen bis zu Rampen ins Rathaus werde nahezu alles gefördert. Auf einzelne kommunale Sanierungsgebiete bleibt dagegen die besser bekannte Städtebauförderung beschränkt. Als sehr hilfreich erweise sich auch das Programm „Soziale Stadt“, mit dem einzelne Quartiere unterstützt werden. Damit können auch soziale Stützpunkte, Anlaufstellen und Gemeinschaftseinrichtungen sowie Mehrgenerationenhäuser gefördert werden. Bei der vom Bundesbauministerium geförderten „energetischen Stadtsanie-

rung“ geht es um die Quartiersversorgung mit energetischer Gebäudesanierung, effizienten Energieversorgungssystemen und um den Ausbau erneuerbarer Energien.

Zum Abschluss wirbt Joachim Seeger für das „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ und appelliert an die Zuhörer, die aufgeführten Programme in Anspruch zu nehmen und umzusetzen.

## Wohnen in attraktiven Quartieren

„Wir schrumpfen“ – dieser ungeliebten Tatsache der Bevölkerungsentwicklung in weiten Teilen Sachsens stellt sich Dr. Axel Viehweger vom Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften e.V. Aus der Realität müsse man jedoch die richtigen Schlüsse ziehen, um schließlich das „Schrumpfen gestalten“ zu können, so Viehweger.

Während Großstädte wie Dresden und Leipzig durch Zuzug wachsen, verliert der ländliche Raum weiterhin Einwohner. Umso bedeutender sei dort die Rolle von sogenannten kleinen Ankerstädten. Um die Abwanderung aufzuhalten, sei es wichtig, dass diese attraktiv bleiben, denn dorthin führen Einwohner umliegender Dörfer, wenn sie einkaufen wollen oder zum Arzt müssen.

Die Wohnraumförderung müsse daher in den ländlichen Raum statt in die Großstädte, kritisiert Viehweger die derzeitige Förderung des Freistaates Sachsen. Baue man in Dresden oder Leipzig weitere billige Wohnungen, erhöhe das nur den Anreiz, die ländliche Region zu verlassen.

Zur Attraktivität einer Ankerstadt gehöre die soziale Infrastruktur mit niedergelassenen Ärzten, Krankenhaus, ambulanten und stationären Pflegeangeboten, Schulen sowie kulturellen Einrichtungen. Dort, wo Menschen sich gern aufhalten, wollen sie auch bleiben. Die Kulturraumförde-

zung Sachsens sollte statt Ballungsräume deshalb unbedingt diese kleinen Städte erreichen.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen geht Viehweger auf konkrete Aspekte des altersgerechten Wohnens aus Sicht der sächsischen Wohnungsbaugenossenschaften ein. Sie bieten einen Großteil ihrer Wohnungen in den Ankerstädten an und bringen sich aktiv in die Gestaltung der Quartiere ein.

Ein Grundproblem seien zu hohe Mieten. Viele Bestandswohnungen werden mit erheblichem Aufwand modernisiert und auch altersgerecht umgebaut. Die Kosten sind üblicherweise auf die Miete umzulegen, was eine Mieterhöhung um 50% bedeuten könne. Eine gemeinsame Untersuchung mit dem Statistischen Landesamt zur Einkommensstruktur ergab, dass für ein Drittel der Bevölkerung ein Mietpreis von Euro 6,50/m<sup>2</sup> kalt nicht bezahlbar ist. Um weiter bezahlbaren Wohnraum anbieten zu können, brauche es Unterstützung. Grundsätzlich fordert Viehweger einen Paradigmenwechsel bei den Förderprogrammen. Kredite zur Finanzierung würden nicht helfen. Nötig seien Zuschussprogramme, beispielsweise für die Ausstattung mit Fahrstühlen oder den Einbau von Assistenzsystemen.

Erfahrungen mit Assistenzsystemen seien in zahlreichen Pilotprojekten gesammelt worden. Dabei zeige sich, dass hohe Passivhaus-Standards für Mehrfamilienhäuser nicht anwendbar und auch viel zu kostenintensiv seien. In Kombination mit energetischer Sanierung ließe sich dennoch mit verhältnismäßig wenig Aufwand viel erreichen. Bewegungsmelder für die Steuerung von Beleuchtung seien beispielsweise für die Sturzprophylaxe sinnvoll. Die Krankenkassen seien gefragt, wenn es um die Ausstattung von Wohnungen für die ambulante medizinische Versorgung gehe, beispielsweise mit einem Notrufsystem. Das Wohnum-

feld verbessernde Maßnahmen werden über die Pflegekassen bezuschusst, einen Pflegegrad vorausgesetzt. Noch sei jedoch umstritten, ob Assistenzsysteme in irgendeiner Art und Weise pflegerelevant sind oder nicht. Mit dem Gesamtverband GKV müssten generell neue Lösungen auf Bundesebene gefunden werden, um bereitstehende Mittel tatsächlich auch einsetzen zu können.

Vor Ort würden dringend kompetente Ansprechpartner gebraucht, die sich um die ganz individuellen sozialen und gesundheitlichen Probleme der Mieter kümmern. Sie würden helfen, dass Menschen länger selbstständig im gewohnten Umfeld bleiben können. In Zusammenarbeit mit dem sächsischen Sozialministerium haben Wohnungsbaugenossenschaften in Pilotprojekten ein solches Angebot erprobt und mitfinanziert. Aus Landessicht wären die Kommunen künftig dafür zuständig. Auch die GKV erkenne prinzipiell den präventiven Einsatz der „Kümmerer“ an. Für eine Kostenbeteiligung müsse aber nach Mitgliedern der einzelnen Kassen aufgeschlüsselt werden, was nicht praktikabel sei. Alternativ sollten die Kümmerer zu einem Drittel aus einem gemeinsamen Topf der Kassen auf Bundesebene bezahlt werden können, schlägt Viehweger abschließend vor.

unterstützten die Forderung nach Zuschussprogrammen. Berichtet wurde über positive Erfahrungen beim Einbau von Assistenzsystemen in Kooperation mit unterschiedlichsten Partnern (Universitäten, Technologiezentren, Pflegediensten, Ortskrankenkassen), was Förderchancen verbessere. Für die allseits als notwendig betrachteten „Kümmerer“ wird dringend eine Finanzierungsklärung gefordert.

---

## Fazit: Altersgerechtes Wohnen hat viele Facetten

Die aktuelle Wohnsituation und das Wohnumfeld älterer Menschen bedürfen vieler Verbesserungen. Ein Wohnungsumbau allein macht jedoch noch kein attraktives Wohnumfeld. Dazu gehört auch eine gute Verkehrsanbindung und Infrastruktur. Nötig sind neben verbesserten Förderprogrammen Bündnispartner und eine ressortübergreifende Politik mit klaren Zuständigkeiten.

---

## Diskussion: Zuschussprogramme dringend erforderlich

Vertreter kommunaler Verwaltungen, von Pflegedienstleistern sowie Wohnungsbaugenossenschaften u.a. aus Greifswald, Chemnitz, Leipzig und vom Landkreis Barnim/Brandenburg beteiligten sich aktiv an der Diskussion. Übereinstimmend konstatierten sie die Schwierigkeiten, erforderliche Umgestaltungen in Wohnungen wie auch in Quartieren so zu finanzieren, dass der Wohnraum bezahlbar bleibt. Sie

# Gestaltung Sozialraum im demografischen Wandel

## Moderation

Dr. Franz Dormann  
Geschäftsführer,  
Gesundheitsstadt  
Berlin e.V.

## Beitrag

› Praxisbeispiel Landkreis Bautzen  
Michael Harig  
Landrat Bautzen

Im Workshop B präsentiert Landrat Harig am Beispiel des Landkreises Bautzen in Sachsen die Möglichkeiten und Herausforderungen an demografiefeste Quartierskonzepte. In Bautzen schaltet sich der Landkreis aktiv in die Planung und das Angebot sowohl pflegerischer als auch medizinischer Leistungen ein und denkt auch in Sachen Mobilität und Infrastruktur voraus. Wie weit die Verantwortung der Kommune gehen soll, ist eines der anschließenden Diskussionsthemen.

## Praxisbeispiele Bautzen

Michael Harig ist seit 2001 Landrat im Landkreis Bautzen, dem nach der Kreisgebietsreform 2008 flächengrößten Landkreis im Freistaat Sachsen. Ca. 310.000 Menschen leben hier, Tendenz sinkend. Dabei geht es dem Landkreis eigentlich gut. Im Schnitt sind hier eher weniger Menschen erwerbslos als im Bundesdurchschnitt. Doch die Folgen der Strukturbrüche der 90er Jahre und ein steter Geburtenrückgang lässt die Bevölkerung insgesamt schrumpfen. Während immer weniger Kinder geboren werden, steigt derzeit der Anteil der über 80-Jährigen im Landkreis. Für die Zeit nach 2030, wenn die Babyboomer in die Jahre kommen, erwartet Harig einen weiteren Anstieg dieser Altersgruppe. Da ab 80 Jahren die Wahrscheinlichkeit der Pflegebedürftigkeit und der Notwendigkeit stationärer Pflege signifikant zunehmen, werde auch der Bedarf an Pflegeeinrichtungen steigen. „Das ist also der Stresstest für unsere Sozialsysteme“ fürchtet Harig. Doch nur Pflegeeinrichtungen zu bauen, werde das Problem wohl nicht lösen - irgendjemand müsse dort auch arbeiten. Treffen die Prognosen zu, würden allerdings um das Jahr 2030 herum weniger erwerbsfähige Menschen im Landkreis leben als Kinder und Senioren zusammen. Fachkräfte dürften also Mangelware sein. Dazu Harig: „Wir haben im südlichen Landkreis Pflegeheime, die teilweise schon zu 30 Prozent tschechisches Personal beschäftigen. Das heißt also, das Thema Verfügbarkeit von ausgebildeten jungen Menschen wird das Hauptthema sein.“ Nicht nur die Pflege werde betroffen sein, so Harig, die gesamte Versorgung, die Mobilität, letztendlich die gesamte Infrastruktur sowie der soziale Zusammenhalt würden davon existenziell betroffen sein. Daher sei es schon heute wichtig, Pflege, Bildung, Handel, Städtebau und Raumplanung zusammen zu denken.

## Herausforderung Pflege: Analyse der Region

Eine Maßnahme zur aktuellen und zukünftigen Sicherstellung der notwendigen Pflegekapazitäten sei der Start des Pflegenetzwerks Landkreis Bautzen. Kleineräumig untersuchte der Landkreis dazu den Status Quo und die Entwicklungen in 9 Sozialräumen. Es zeigte sich: Die bislang 3.500 stationären Pflegeplätze konzentrieren sich bislang auf die Ober- und Mittelzentren. Die bis 2030 zusätzlich benötigten 1000 stationären Pflegeplätze sollten daher auch die ländlichen Regionen berücksichtigen.

## Auch Investoren einbeziehen

Dazu wurde ein Pflegeeinrichtungsplan erstellt, der aktuelle und zukünftige Bedarfe in der Region abbildet. Denn, so Harig, „es kommt ja öfters vor, dass Investoren vorsprechen, um in der Gemeinde A oder B ein Pflegeheim zu errichten. Und da ist hier eben die Frage: Ist das mehr oder weniger notwendig, ist der Bedarf dort gedeckt, beziehungsweise wo gibt es weiße Flecken?“ Doch Harig und das Pflegenetzwerk wollen nicht nur auf die stationäre Pflege setzen. Mindestens genauso wichtig sei es, Prävention zu stärken, die Rahmenbedingungen für eine ambulante und häusliche Pflege zu verbessern und auch die Unterstützungslandschaft von niedrigschwelligen Angeboten, Nachbarschaftshelfern sowie Generationengenossenschaften zu unterstützen. Die bereits vielfältig vorhandenen haupt- und ehrenamtlichen Angebote für Senioren wie Begleit- und Fahrdienste, Freizeitgestaltung, Unterstützung im Haushalt und Besuchsdienste im Landkreis Bautzen genauso wie Mehrgenerationenhäuser müssten noch besser dargestellt werden. Genau hier sehe sich das Pflegenetzwerk in der Pflicht und erstellt Informationsmaterialien wie das Faltblatt „Das Pflegenetz – Tipps zur Pflege in Ihrer Nähe“ und setzt

auf Öffentlichkeitsarbeit. Ein Beispiel zeigt Harig in einem kurzen Video über das Alltagsbegleiter-Projekt Bernsdorf (Link zum [youtube-video](#)). Die im Landkreis vorhandenen Angebote werden online im „Bautzen geoweb“ zur Verfügung gestellt (<http://cardomap.idu.de/lrabz/>).

## Zuwendungsvoraussetzungen passen nicht zum ländlichen Raum

Ohne diese oft kleinen Initiativen lasse sich der demografische Wandel gerade in den ländlichen Regionen nicht stemmen, da ist sich Harig sicher. Doch laufe hier noch nicht alles optimal. Zwar gäbe es vielfältige Fördermöglichkeiten für Unterstützungsprojekte, doch in sehr dünn besiedelten ländlichen Räumen seien die Projekte oft relativ klein und hätten wenige Teilnehmer. Und gerade diese hätten „Probleme mit den Zuwendungsvoraussetzungen, sodass wir gerade in den Bereichen, wo wir jetzt auch verstärktes Augenmerk hinrichten, im dünn besiedelten ländlichen Raum, nicht diese verlässlichen Angebote haben wie in den größeren Gemeinden“, so Harigs Kritik. Gerade für diese Initiativen will Harig „vorhandene Angebote und Fördermöglichkeiten transparenter machen, damit eben hier auch mehr geleistet werden kann“.

Davon könnten auch die vorbildlich arbeitenden Mehrgenerationenhäuser in der Region profitieren. Sie böten zahlreiche Angebote für Sport, Freizeit und Vernetzung und würden mit hohem ehrenamtlichem Engagement unterstützt. Diese müssten noch viel mehr auch von den Kommunen unterstützt und koordiniert werden, denn Harig hat „festgestellt, dass wir ohne Ehrenamtler künftig noch weniger auskommen werden als gegenwärtig“. Daher plane der Landkreis gerade eine neue Schnittstelle für ehrenamtlich Tätige, den „Treffpunkt Ehrenamt“.

## Mobilität völlig neu denken

Zusätzlich zu den unmittelbaren Angeboten für Ältere in der Region warten noch viele weitere Herausforderungen auf Harigs Landkreis. Um ihn demografiefest zu machen, müsse z. B. ein modernes Mobilitätskonzept her. Zusammen mit dem Landkreis Görlitz nehme Bautzen daher am Modellprojekt Mobilität im ländlichen Raum teil. Vorhandene Strecken des öffentlichen Personennahverkehrs würden auf den Prüfstand gestellt, auf häufig genutzte Fahrziele und Pendlerströme abgestimmt und mit neuen Angeboten kombiniert. Digitale Medien würden heute Anrufsammeltaxis, Mitfahrzentralen und Bürgerbusse möglich machen, Mobilitätszentralen und Mitnahmebänke ermöglichen auch spontane Mitnahmen. Überhaupt setzt man in Bautzen sehr auf kleinräumliche und nachbarschaftliche Angebote. Das Dorfzentrum 2.0 soll Dorfläden, Dienstleistungen (Gesundheit, Behörde, Friseur und mehr), Treffpunkt und Mobilität (Sport, Feste, Kulturangebote, Haltestelle ÖPNV) verbinden.

## Wiederkommen um zu bleiben?

Besonders stolz ist Harig auf ein Projekt, das nach anfänglicher Skepsis nun sehr gut läuft. „Wiederda - Die Rückkehrerbörse im Landkreis Bautzen“ zeigt ehemaligen Landkreisbewohnern, dass auch hier attraktive Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind. Die Terminwahl erscheint auf den ersten Blick ungewöhnlich: Immer zwischen Weihnachten und Neujahr findet die Veranstaltung statt. Aus den anfänglichen

zehn bis zwölf Unternehmen, die sich dort mitten in der Ferienzeit vorstellen, sind mittlerweile über 60 geworden, denn es hat sich gezeigt, dass man genau zu diesem Zeitpunkt besonders viele Rückkehrwillige erreicht. In alle Himmelsrichtungen zerstreut verbringen sie diese Tage bei ihrer Familie und kommen gerne bei Wiederda vorbei.

## Diskussion: Verantwortung übernehmen

Die anschließende Diskussion setzt sich in weiten Teilen mit der Verantwortung und Initiative der Kommune bei der Sicherstellung der pflegerischen und medizinisch-ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum auseinander. Der Moderator Dr. Franz Dormann fragt nach, ob man nicht irgendwann akzeptieren müsse, dass bestimmte Regionen für Unternehmen und Fachkräfte unattraktiv seien und eine flächendeckende Versorgung unrealistisch werde. Doch so ganz wollen sich die Kommunen da nicht geschlagen geben. Der Landkreis Meißen z.B. setzt auf Kooperation und Absprache zwischen Landkreis, Kommunen und Trägern, um Angebot und Bedarf gut aufeinander abzustimmen. Für Michael Harig profitiert die Region Bautzen stark vom landkreiseigenen Klinikumsbetrieb Oberlausitz-Kliniken gGmbH mit seinen zwei Standorten in Bautzen und Bischofswerda. Neben der Akutversorgung sei der Landkreis damit auch Träger von ca. 800 Pflegeheimplätzen. Ein weiterer Vorteil kommunaler Trägerschaft von Gesundheitseinrichtungen sei die Möglichkeit, sich auch in die ambulante ärztliche Versorgung einzuschalten. Als eine Antwort auf die sinkenden Arztzahlen in

den ländlichen Gebieten habe das Klinikum eine MVZ (Medizinische Versorgungszentren)-Gesellschaft gegründet und könne so einen Teil der ärztlichen Versorgung sicherstellen. Harig: „Wir haben uns deshalb für dieses kommunale Modell Klinikum und Klinikengruppe entschieden, um steuern zu können“. Auch ohne landkreiseigenes Krankenhaus könnte sich die Kommune in die ambulante ärztliche Versorgung einschalten, erinnert der Moderator an dieser Stelle. Die Gründung von MVZ in kommunaler Trägerschaft sei ja mittlerweile möglich, wie es z.B. die Gemeinde Büsum gezeigt habe, in der gerade jetzt mangels Niederlassungen durch Ärzte ein kommunales MVZ entstehe. So manche Kommune schrecke jedoch an dieser Stelle vor der wirtschaftlichen Verantwortung zurück, das findet Moderator Dormann „inkonsistent“. Sein Kritikpunkt: „[Sie] haben den demokratischen Auftrag, [sie] sind legitimiert, bei dem Bürgermeister, bei dem Landrat fallen die Probleme an, aber [sie] sind nicht bereit, dort auch einen größeren Sprung zu machen.“

## Fazit: Kommune kann und muss

Die Möglichkeiten von Kommunen, sich an Versorgungsangeboten vor Ort zu beteiligen, sind groß. Sie können fördern, vernetzen, informieren und steuern und sich auch direkt in die Versorgung einbringen. Dabei müssen wirtschaftliche Interessen, Eigeninitiative und staatliche Daseinsvorsorge gut ausgewogen sein.



Ulf Fink  
Senator a.D., Vorstandsvorsitzender, Gesundheitsstadt Berlin e. V.



# Management kommunaler Beratungsangebote für ältere Menschen

## Moderation

**Ulf Fink**  
**Senator a.D.**  
**Vorstandsvorsitzender,**  
**Gesundheitsstadt**  
**Berlin e. V.**

## Beitrag

› **Beispielhafte**  
**Projekte im Landkreis**  
**Vorpommern-Greifswald**  
Dirk Scheer  
Beigeordneter und Dezernent, Soziales,  
Jugend, Gesundheit, Sicherheit und  
Ordnung, Landkreis Vorpommern-  
Greifswald

Der Workshop C zeigt, vor welchen Problemen dünn besiedelte Landkreise wie der Landkreis Vorpommern-Greifswald hinsichtlich der demografischen Entwicklung und des Zuzuges älterer Menschen stehen, da mit steigendem Alter auch die Krankheitsfälle zunehmen. Der Vortrag gibt einen Überblick über Projekte im Landkreis, die initiiert wurden, um den Herausforderungen zu begegnen. Im Anschluss folgt eine Diskussion über die Förder- und Finanzierungsstruktur solcher Projekte und Angebote.

## Das Leben im ländlichen Raum lebenswerter machen

Als Mitarbeiter vom Dezernat für Soziales und Gesundheit des Landkreises Vorpommern-Greifswald kennt Dirk Scheer die demografischen Herausforderungen der Region genau. Vorpommern-Greifswald ist der drittgrößte Landkreis Deutschlands, mit einer für seine Fläche vergleichsweise kleinen Bevölkerung von rund 240.000 Einwohnern und demnach einer sehr dünnen Besiedelung von durchschnittlich 61 Einwohnern pro Quadratkilometer. In den am geringsten besiedelten Teilgebieten, wie etwa südlich der Peene, finden sich sogar nur 20 Einwohner auf einem Quadratkilometer, was Scheer „finnisches Niveau“ nennt.

## Mehr Ältere, weniger Junge – auch auf dem Arbeitsmarkt

Anhand einer Statistik erläutert Scheer die Altersentwicklung im Landkreis seit 1990 mit einer Prognose für 2030. Während es im Jahr 1990 noch doppelt so viele unter 15-Jährige im Vergleich zu Senioren gab, wird sich das Verhältnis in den kommenden zwölf Jahren umkehren: Die Zahl der Kinder und Jugendlichen wird bis 2030 um 56% sinken, während zeitgleich die Bevölkerung im Seniorenalter über 65 Jahre um 61% anwächst. Darüber hinaus wird die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren stark zurückgehen (-21,6%). Der Zuwachs der Senioren im Landkreis Vorpommern-Greifswald resultiert neben dem natürlichen demografischen Wandel auch aus dem Zuzug älterer Menschen, zum Beispiel aus Baden-Württemberg oder Bayern, konstatiert Scheer. Dieses Phänomen sei beispielsweise auf der Insel Usedom zu beobachten. „Die ist sehr frequentiert, da hier viele tatsächlich auch ihren Lebensabend verbringen wollen,“ argumentiert der Vortragende. Aber auch

aus Polen kämen derzeit viele Menschen hinzu, was manche Gegenden in infrastrukturelle Nöte wie einen akuten Mangel an Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen bringe. Mancherorts würden schon jetzt bis zu 30% der Kinder aus polnischen Familien stammen.

Aufgrund der Alterssituation ergeben sich aber vor allem Probleme, die die medizinische Versorgung betreffen, da mit dem steigenden Alter auch ein Zuwachs an altersbedingten Erkrankungen einhergeht. Eine große Herausforderung sind dabei vor allem die Demenz-Erkrankungen. Eine statistische Hochrechnung für das Land Mecklenburg-Vorpommern prognostiziert dazu eine Steigerung von 91% für das Jahr 2020 im Vergleich zu 2005.

## Fachkräftemangel in der Pflege

Das Alterungsmuster der Bevölkerung im Landkreis Vorpommern-Greifswald spiegelt sich auch beim Pflegepersonal wider. Bereits 2009 war ein Viertel der beruflich Pflegenden über 50 Jahre alt. Dem gegenüber steht bereits heute ein nicht gedeckter hoher Bedarf an Pflegepersonal in den Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten von Mecklenburg-Vorpommern. Von 2011 bis 2020 werden beispielsweise rund 1.100 zusätzliche Pflegekräfte in den Sektoren Kranken- und Altenpflege notwendig. Ziel müsse es deshalb sein, das Berufsbild der Pflege zu verbessern. Der Landkreis Vorpommern-Greifswald hat dazu bereits ein Projekt initiiert, das Elemente aus dem Medizinstudium mit der Pflege in Verbindung bringt.

Als Dezernent des Landkreises Vorpommern-Greifswald leitet Scheer eine Reihe von Projekten, die sich mit den demografischen Problemen auseinandersetzen. Scheer hebt heraus, dass für diese Aufgaben starke Partner notwendig seien. Er

arbeite etwa mit der Ernst-Moritz-Arndt Universität und dem Technologiezentrum in Greifswald zusammen.

Eines der Projekte, die Scheer aktuell leitet, ist die „erweiterte Integrierte Leitstelle“, die zusätzlich zur klassischen Leitstellenfunktion die gesundheitliche Versorgung und Mobilität im ländlichen Raum aufrecht erhalten und verbessern soll. Dazu koordiniert sie die Beförderung und Bündelung von Krankenfahrten und Fahrgästen (z.B. Mitfahrt bei Gesundheits- und Sozialdiensten) ebenso wie Medikamentenfahrten, vermittelt aber auch Termine und Beratungsangebote im medizinischen Bereich und stellt Informationen für Bürger bereit, etwa mit welchem Verkehrsmittel sie zum nächsten Arzt gelangen.

## Alltagshilfe in senioren-gerechten Wohnungen

Ein weiteres Projekt ist „Sicher leben im Alter“, bei dem es um die elektronische Ausstattung von Wohnungen geht, um etwa mit Hilfe von Sensoren einen nicht ausgeschalteten Herd frühzeitig abschalten zu können und so Brände zu verhindern. In einer kommunalen Beratungsstelle, die zugleich eine Musterwohnung ist, lassen sich diverse technische Hilfsmittel testen. Die Musterwohnung soll zeigen, dass Technik kein Pflegehilfsmittel ist, sondern Menschen unterstützen und begeistern und das Wohnen im Alter attraktiver und komfortabler machen kann. Neben der Beratung von Bürgern und professionellen Nutzern wie Wohnungsunternehmen, werden hier auch technische Neuerungen erprobt. Zwischen September 2014 und Dezember 2016 haben mehr als 1.500 Bürger die Musterwohnung besucht. Scheer legt Wert darauf, dass die technischen Mittel wie etwa die Herdabschaltung durch Sensoren auch Menschen mit Demenzerkrankung so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

## Notfallkompetenz in der Fläche

Beim Projekt „Landrettung“ handelt es sich um ein Pilotprojekt zur Neuausrichtung der notfallmedizinischen Versorgung im Landkreis, welches durch den Innovationsfonds des Bundesgesundheitsministeriums unterstützt wird. Das Konzept basiert auf vier Säulen: der Laienreanimation, mobilen Ersthelfern, einem Tele-Notarzt und der Verzahnung von kassenärztlicher Vereinigung und Rettungsärzten.

Bei der Laienreanimation geht es darum, medizinische Laien zu trainieren, nach dem Notruf bei einem Notfall die nötigen Reanimationsmaßnahmen einzuleiten, bis die Rettungskräfte eintreffen. Mobile Ersthelfer sind medizinische Fachkräfte in ihrer Freizeit: Krankenschwestern und -pfleger, Ärzte oder Rettungssanitäter, etwa drei Prozent der Bevölkerung. Sie können sich mit ihrem Mobiltelefon in der integrierten Leitstelle registrieren lassen und in ihrer Freizeit im Notfall aktiv werden. Bei einem Notruf kann der Leitstellen-Disponent dann einsehen, ob sich am jeweiligen Ort des Notrufs ein mobiler Ersthelfer in der Nähe befindet, um ihn zum Unfallort zu lotsen, bis die Rettungskräfte vor Ort sind. Da gerade im ländlichen Bereich die Wege für die Rettungskräfte oft weit sind, kann dies lebenswichtige Minuten bis zum Beginn der Reanimation sparen. Mit dem Tele-Notarzt können Rettungssanitäter vor Ort einen Notarzt telefonisch kontaktieren, sofern ihre Kompetenzen nicht ausreichen und/ oder sie aus juristischen Gründen in einer bestimmten Situation nicht selbstständig weiter machen können. Der Tele-Notarzt, der in der integrierten Leitstelle sitzt, übernimmt dann von dort das Kommando, gibt Anweisungen und übernimmt auch die juristische Haftung,

bis der Notarzt eintrifft. Auch eine andere qualifizierte Person, die vor Ort ist, kann so Kontakt mit dem Tele-Notarzt aufnehmen. Die vierte Säule, die Verzahnung von Kassenärztlicher Vereinigung und Rettungsärzten, dient dazu, Doppelstrukturen zu vermeiden. Scheer verdeutlicht dies an folgendem Beispiel: In ungefähr fünf Prozent der Einsätze von Rettungsärzten stellt sich heraus, dass kein Rettungsarzt notwendig gewesen wäre, sondern der KV-Arzt hätte eingesetzt werden können. Nun besteht die Möglichkeit, dass der Rettungsarzt in diesem Fall zum KV-Arzt wird – er hat Medikamente an Bord und kann einen Krankenschein ausfüllen. Dadurch wird die Zeitspanne deutlich verkürzt und es gibt keine Doppelstrukturen. Dieses neue Konzept wird sowohl medizinisch, als auch betriebswirtschaftlich und arbeitswissenschaftlich evaluiert.

## Diskussion: Kooperation ist wichtig

Die Diskussion beginnt mit einer Nachfrage des Moderators zur Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen Institutionen und der kommunalen Beratungsstelle. Scheer betont noch einmal, dass der Landkreis allein nicht die wissenschaftliche Manpower habe, um ein Projekt wie die Beratungsstelle zu evaluieren. Die Zusammenarbeit funktioniere gut, weil es wechselseitige Motivationen gebe. Beispielsweise hätten die Universitäten ein Interesse daran, Fördermittel einzuspielen. Die Beratungsstelle ist für Scheer ein Paradebeispiel einer gelungenen Förderung, da sich Landkreis und Technologiezentrum nach Auslaufen der Förderung zusammengetan haben, um diese zu finanzieren und über die Gesellschaftsform der gGmbH zusätzlich Mittel einzuspielen.

Ein Teilnehmer fragt nach, ob es im Landkreis Vorpommern-Greifswald noch die Pflegestützpunkte und die Beratung vor Ort gäbe, da Sachsen sich dagegen entschieden habe und nunmehr nur noch die Beratung im Internet anbiete. Scheer hebt daraufhin die Bedeutung der Beratung vor Ort hervor und bezeichnet die Pflegestützpunkte und auch die kommunale Beratungsstelle als Erfolgsmodell und erläutert, dass zwischen beiden auch eine Verbindung hergestellt werden soll.

Es entsteht eine Diskussion darüber, wer für die Finanzierung der Pflegestützpunkte zuständig ist. Scheer betont, dass das Zusammenwirken der unterschiedlichen Institutionen und Ebenen wie Bund, Land und auch der Pflegekassen wichtig sei. Im Endeffekt könnten Angebote wie die integrierte Leitstelle auch wirtschaftliche Effekte für die Kassen haben. Daher müssten solche Angebote schrittweise aufgebaut werden.

## Fazit: Offen bleiben

Bei der Bewältigung des demografischen Wandels sind die Kommunen auf neue und breite Bündnisse mit anderen Akteuren angewiesen. Dabei dürfen sie sich auch gegenüber ungewöhnlichen Lösungen nicht verschließen.

# Finanzierung demografischer Wandel durch die Kommunen und Fördermöglichkeiten

## Moderation

Dr. Franz Dormann  
Geschäftsführer,  
Gesundheitsstadt  
Berlin e. V.

## Beiträge

### › Projektförderung in Sachsen

Christiane Schifferdecker  
Referentin Strategische Planung,  
Demografie, Demoskopie, Sächsische  
Staatskanzlei

### › Demografischer Wandel und Fördermöglichkeiten für Kommunen in Sachsen-Anhalt

Wilfried Köhler  
Referatsleiter demografische Entwicklung  
und Prognosen, Ministerium für Landes-  
entwicklung und Verkehr des Landes Sach-  
sen-Anhalt, Magdeburg

Sachsen und Sachsen-Anhalt haben wie andere ostdeutsche Bundesländer einen kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Die Altersstruktur verschiebt sich zugunsten der über 50-Jährigen. Immer deutlicher zeichnet sich zusätzlich eine Umverteilung der Bevölkerung vom ländlichen Raum in ausgewählte Städte wie z. B. Leipzig, Dresden und Magdeburg ab. Der demografische Wandel stellt die Kommunen daher vor sehr unterschiedliche Herausforderungen, auf die die Landespolitik reagieren muss.

## Demografischen Wandel regional positiv bewältigen

Die Kommunen in Sachsen seien sehr unterschiedlich mit dem demografischen Wandel konfrontiert, so die zuständige Referentin der Sächsischen Staatskanzlei Christiane Schifferdecker. Neben den Wanderungsbewegungen aus dem ländlichen Raum in die Städte spiele in dem Freistaat auch die sehr heterogene Bevölkerungsdichte eine große Rolle. Hinzu komme, dass sich durch mehrere Verwaltungsreformen auch rein flächenmäßig die Verantwortung von Landkreisen und Kommunen verändert hat. Obwohl es seit 2011 in Sachsen mehr Zu- als Fortzüge zu verzeichnen gibt und auch die Geburtenzahlen zunehmen, steigt das Durchschnittsalter weiterhin und auch der Anteil der Hochaltrigen wächst.

Alle diese Faktoren seien in der Demografiepolitik zu berücksichtigen, konstatiert Schifferdecker. Als erstes Bundesland unterstütze Sachsen bereits seit 2007 mit einem eigenen Landesprogramm, der „Förderrichtlinie Demografie“, Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels finanziell. 2010 beschloss das Landeskabinett das „Handlungskonzept Demografie“, ressortübergreifend angesiedelt bei der Staatskanzlei. Dem voraus ging eine umfassende wissenschaftliche Betrachtung sowohl durch eine Enquetekommission des Landtags als auch durch eine Expertenkommission der Landesregierung.

## Den Zugang zu Fördermitteln transparent machen

Zu den Rahmenbedingungen kommunaler Demografiepolitik gehört für Schifferdecker die Finanzierung aus verschiedenen Quellen: EU-Mittel, Bundesmittel, Landesmittel, eigene Mittel. Um erfolgreich Fördermittel einzuwerben, sei eine genaue Analyse im konkreten Territorium erforder-

lich. In Sachsen steht den Kommunen dafür auf dem eigens eingerichteten Internetportal [demografie.sachsen.de](http://demografie.sachsen.de) ein „Demografiemonitor“ zur Verfügung. Dort werden auch Praxisbeispiele und Modellprojekte vorgestellt.

Die „Förderrichtlinie Demografie“ wendet sich an Vereine, Verbände und Kommunen, die sich mit der Gestaltung des demografischen Wandels aktiv auseinandersetzen. Gefördert werden im Freistaat Sachsen mit Ausnahme der Verdichtungsräume Dresden und Leipzig Projekte und Maßnahmen in Gebieten mit Bevölkerungskontraktion (hoher Schrumpfrate und Überalterung der Bevölkerung), die dazu beitragen, die Anpassung einer Region an den demografischen Wandel positiv zu bewältigen. Die Sächsische AufbauBank (SAB) nimmt eine zuwendungsrechtliche und finanzielle Prüfung der Anträge vor. Die Sächsische Staatskanzlei überprüft die Förderfähigkeit und trifft in Abstimmung mit den Ressorts die Förderentscheidung. Die Auszahlung eines zweckgebundenen, nicht rückzahlbaren Zuschusses erfolgt mit einem Fördersatz von grundsätzlich 70%, in Ausnahmefällen von bis zu 90% (Anteilsfinanzierung). Bis Juni 2017 wurden 170 Projekte mit einem Gesamtvolumen von ca. 7,4 Millionen Euro gefördert.

## Mit den Bürgern arbeiten

Den demografischen Wandel könne man nicht bewältigen, ohne die betroffene Bevölkerung einzubeziehen, so Schifferdecker. Darauf zielen die aktuell geförderte Veranstaltungsreihe „Demokratie-Fokus“, die Schifferdecker als ein Praxisbeispiel vorstellt. Demografieexperten kommen mit Einwohnern ausgewählter Kommunen (2.000 bis 20.000 Einwohner) ins Gespräch. Nach einer professionellen Analyse der konkreten Situation vor Ort wird in einem Workshop über Haltefaktoren (was soll unbedingt erhalten bleiben) und Attraktivitätsfaktoren (was kann zukünftig

verbessert werden) diskutiert. Die Teilnehmer erleben sich dabei selbst als Akteure im demografischen Prozess. Ziel sei, für jede der 15 Kommunen ein Projekt zu finden, das gefördert werden kann.

## Trotz Schrumpfung lebenswert bleiben

In Sachsen-Anhalt ist die Zahl der Einwohner seit 1990 kontinuierlich zurückgegangen — insgesamt von 2,89 Millionen auf derzeit 2,34 Millionen. Dieser Trend werde weiter anhalten, prognostiziert Wilfried Köhler, Referatsleiter Regionalentwicklung im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr von Sachsen-Anhalt. Für 2030 werden weniger als zwei Millionen Einwohner erwartet. Mindestens ebenso gravierend seien die Verschiebungen in der Alterspyramide. Sachsen-Anhalts Bevölkerung wird den Berechnungen zufolge in 20 Jahren die älteste in ganz Europa sein. Und wie zuvor für Sachsen dargestellt, gibt es auch innerhalb von Sachsen-Anhalt deutliche Umverteilungen. Köhler erwartet, dass sämtliche Landkreise weiter schrumpfen, lediglich die beiden Großstädte Halle und Magdeburg könnten auf ein leichtes Wachstum hoffen.

Der demografische Wandel fällt in den neuen Bundesländern mit den strukturellen Umbrüchen von 1989 zusammen. Aufgabe der Landesregierung und der Kommunen sei es, die seit 1990 anhaltende Abwärtsspirale mindestens in eine Stabilisierung, möglichst aber in eine Aufwärtsspirale zu verwandeln. Ohne Zuwanderung sei dies jedoch nicht machbar, so Köhler.

## Migration als Bereicherung annehmen

Hunderttausende wandern wegen fehlender Arbeitsmöglichkeiten in die alten Bundesländer ab. Obwohl sich der Arbeitsmarkt von hoher Arbeitslosigkeit zum

Fachkräftemangel wandelt, spielt Rückwanderung bisher keine Rolle. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist in hohem Maße demografisch bedingt, etwa weil doppelt so viele Ältere aus dem Erwerbsleben ausschieden wie Jüngere nachkommen. Auch der Zuzug ausländischer Bürger, von denen derzeit ca. 80.000 in Sachsen-Anhalt lebten, sei laut Köhler fast nicht der Rede wert. Dagegen hätten die alten Bundesländer zum Teil erheblich höhere Anteile an Ausländern. Das mache sie stark und wohl ein Stück immun gegen populistische Entwicklungen, die die neuen Länder, und eben auch Sachsen und Sachsen-Anhalt, stark trafen, so Köhler. Wer keine Erfahrung mit Fremden habe, reagiere offensichtlich anders und ablehnend. Es gebe erheblichen Handlungsbedarf, damit die ortsansässige Bevölkerung die neuen Mitbürger nicht als Konkurrenz, sondern als Bereicherung erlebt.

---

## Integrierte Konzepte vor Ort

Als Instrument zur Gestaltung des demografischen Wandels empfiehlt Köhler Integrierte Gemeindliche Entwicklungskonzepte (IGEK) bzw. Integrierte Stadtentwicklungskonzepte (ISEK). In den einzelnen Kommunen müsse geklärt werden, was angesichts der demografischen Entwicklung gebraucht werde, aber auch, was man sich wo leisten könne und wolle. Auf dieses spezifische Profil könne dann die Förderung ausgerichtet werden. In Sachsen-Anhalt gibt es dafür grundsätzlich drei Ansätze: über den Städtebau, die ländliche Entwicklung sowie die Demografie. Die Kommunen können selbst auswählen, welchen Schwerpunkt sie setzen.

Beim 2010 gestarteten Förderprogramm Demografie hat sich Sachsen-Anhalt an Sachsen orientiert. Seitdem wurden 125

Projekte gefördert. Zur Verfügung steht die vergleichsweise geringe Summe von 1,3 Millionen Euro pro Jahr. Köhlers Meinung nach kann dies nur Hilfe zur Selbsthilfe für Kommunen und Vereine sein. Abgewickelt wird das Programm von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt.

Als einziges Bundesland nimmt Sachsen-Anhalt an dem europäischen Förderprogramm CLLD (Community-Led Local Development) teil. Mit diesem neuen Ansatz zur Entwicklung ländlicher Räume sollen lokale Aktionsgruppen gefördert werden, die von der Basis her Gestaltungsstrategien entwickeln und umsetzen. Neben umfangreichen Informationen zu allen Fördermöglichkeiten und Projekten gibt es im Internet unter demografie.sachsen-anhalt.de weitere Angebote wie die 2017 zum zweiten Mal veranstaltete landesweite Demografiewoche oder die Ausschreibung des jährlich vergebenen Demografiepreises.

---

## Fazit: Keine Gestaltung des demografischen Wandels ohne betroffene Bevölkerung

Der demografische Wandel betrifft Kommunen in städtischen Ballungsräumen oder in ländlichen Regionen auf ganz unterschiedliche Weise. Die betroffene Bevölkerung muss von der Analyse der konkreten Situation über die Entwicklung von Strategien zur Bewältigung bis zu konkreten Projekten beteiligt werden. Auf dieser Grundlage sind auch die politischen Handlungskonzepte auf Landesebene mit möglichst offen angelegten und unbürokratisch zugänglichen Fördermöglichkeiten durchzusetzen. In den neuen Bundesländern wird es weiter großen Unterstützungsbedarf durch den Bund geben, um gleichwertige Lebensverhältnisse laut Grundgesetzauftrag sichern zu können.

---

## Diskussion: Zuwanderung organisieren

Das Thema Zuwanderung sorgte für einen regen Gedankenaustausch von Publikum und Referenten. Einig war man sich darüber, dass die positiven Effekte für die einheimische Bevölkerung deutlicher werden müssten. Köhler räumt ein, dass es bisher keine Konzepte zur Steuerung der Zuwanderung gebe. Es müsse besser laufen als mit den Gastarbeitern in den alten Bundesländern. Schifferdecker brachte die ländlichen Räume als durch von jungen Kreativen zu entdeckenden Freiräume ins Spiel. Davon würden aber nur die verkehrstechnisch gut erschlossenen Regionen profitieren, so eine Meinung aus dem Publikum.



Christiane Schifferdecker  
Referentin Strategische Planung, Demografie, Demoskopie,  
Sächsische Staatskanzlei

# Stuttgart

# 27.06.2017

Workshop A	
› Förderung von Nachbarschaft und Ehrenamt	24
Workshop B	
› Koordination Unterstützungsangebote für ältere Menschen	27
Workshop C	
› Management kommunaler Beratungsangebote für ältere Menschen	31
Workshop D	
› Finanzierung demografischer Wandel durch die Kommunen und Fördermöglichkeiten	34





# Förderung von Nachbarschaft und Ehrenamt

## Moderation

Ulf Fink  
Senator a.D., Vorsitzender,  
Gesundheitsstadt  
Berlin e.V.

## Beiträge

› **Alters- und Generationengerechte  
Quartiersentwicklung**  
Sarah Bode  
Referat Pflege und Quartiersentwicklung,  
Ministerium für Soziales und Integration,  
Stuttgart

› **Generationsverbindendes  
Bürgerengagement**  
Claus-Dieter Stoll  
Bürger Netzwerks  
Mötzingen e.V.

Der demografische Wandel beschäftigt Kreise, Städte und Gemeinden. Workshop A zeigt, was einzelne Kommunen tun können, um die Bereiche Wohnen, die Gestaltung des Sozialraums im demografischen Wandel, Förderung von Nachbarschaft und Ehrenamt, Koordination von Unterstützungsangeboten für ältere Menschen, Gestaltung der Altenhilfe, Pflege und Quartiersentwicklung zu fördern. Zudem wird vorgestellt, welche Hilfestellungen und Angebote das Land Baden-Württemberg den Kommunen bietet.

## „Quartier 2020“: Hilfe zur Selbsthilfe

In diesem Jahr wurde das Referat Pflege und Quartiersentwicklung im Ministerium für Soziales und Integration neu gegründet, welches die Referentin Sarah Bode mit aufbaut. Ausgangspunkt für diese Entwicklung waren Diskussionen in der letzten Legislaturperiode darüber, wie sich Pflege in Baden-Württemberg vor den Herausforderungen des demografischen und sozialen Wandels weiterentwickeln muss. Insgesamt wurden über 600 Empfehlungen entwickelt, wobei sich etwa ein Drittel davon auf das Thema Quartiersentwicklung bezog.

## Quartiersentwicklung und Pflege

Für Bode und ihr Referat hängen Quartiersentwicklung und Pflege eng zusammen. Ihr Ziel sei es, einen „soziallebendigen Raum zu schaffen, in den Menschen sich einbringen, Verantwortung füreinander übernehmen und sich gegenseitig unterstützen“. Um dies zu erreichen stützt sich Bode auf die vier Kernelemente der Quartiersentwicklung:

- Vernetzung und Zusammenarbeit
- Aktivierung und Beteiligung
- Kleinräumiger Ansatz
- Förderung der Interessen von Unterstützungsbedürftigen.

Ansporn der Quartiersentwicklung sei „das Ziel, es für Seniorinnen und Senioren auch bei Unterstützungsbedarf möglich zu machen, im eigenen Umfeld wohnen zu bleiben“, vermittelt Sarah Bode. Ob Stärkung des Fastnachtsvereins oder Aufbau eines Tante Emma Ladens - für ländliche Gebiete und Ballungsräume müssten auf diesem Weg ganz unterschiedliche Lösungen gefunden werden. Besonders wichtig für die alters- und generationsgerechte Quartiersentwicklung seien Möglichkeiten

zu Begegnung und Kontakt, etwa in Form von interkulturellen Veranstaltungen, aber auch Beratung, Wohnen, pflegerische und medizinische Versorgung. Die Kommune solle dabei im Mittelpunkt stehen und dort ein Netzwerk aus Politik, Verwaltung, den Akteuren mit Sozialunternehmen, ÖVP und der ganzen Bürgerschaft koordinieren. Bürgerbeteiligung sei dabei der entscheidende Erfolgsfaktor für die Nachhaltigkeit und für die Passgenauigkeit der Entwicklung, davon ist Bode überzeugt.

## Förderung der Quartiersentwicklung

Um für die Quartiersentwicklung zu werben hat das Referat für Pflege und Quartiersentwicklung einen Ideenwettbewerb zur Strategie „Quartier 2020“ ausgerufen. Er prämiiert gute Ideen zur alters- und generationengerechten Quartiersentwicklung und soll den interkommunalen Lern- und Erfahrungsaustausch fördern. Inhaltlich müssen die Themen „Pflege und Unterstützung im Alter“ und „Bürgerchaftliches Engagement, Ehrenamt und Bürgerbeteiligung“ berücksichtigt werden. Städte, Gemeinden oder Landkreise können sich in Kooperation mit kreisangehörigen Kommunen bewerben. Insgesamt stehen 2,5 Millionen Euro Preisgeld zur Verfügung, wobei jeder Preisträger bis zu 100.000 Euro für die Umsetzung seiner Quartiersidee bekommen kann. Der Ideenwettbewerb sei, wie Bode verdeutlicht, der Auftakt einer längerfristigen Entwicklung zur Strategie des Quartiers der Zukunft. In der nächsten Zeit wolle das Referat vor allem die Optimierung der Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kommunen und die bessere Vernetzung zwischen Kommunen angehen.

## Bürger Netzwerk Mötzingen e.V.: „Wir kümmern uns!“

Klaus Dieter Stoll, seit fünf Jahren im Ruhestand, stellt die Entstehung und die Arbeit des Bürger Netzwerks Mötzingen vor. Mötzingen liegt im Landkreis Böblingen und hat ungefähr 3.700 Einwohner. Infrastrukturell bietet der Ort eine Bäckerei in der Ortsmitte, eine Metzgerei, eine Apotheke, einen Gemüseladen und einem Discounter am Ortsrand. Außerdem gibt es eine Zahnarztpraxis, drei Kindergärten und eine Grundschule.

Der Ort entwickelte sich von einer überwiegend kleinbäuerlichen Gemeinde hin zur Wohngemeinde. Der Anteil der älteren Bevölkerung über 60 Jahre macht mittlerweile ein Viertel der Bevölkerung aus. Und so hat der Gemeinderat bei einer Klausurtagung 2010 die Auseinandersetzung mit der zukünftigen Entwicklung des Ortes angestoßen und in der Folge einen Masterplan entwickelt. Sein Kern: die sechs Handlungsfelder Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung, Gesellschaft, Infrastruktur, Kinder und Jugendliche, Kultur sowie Bildung und Senioren. Aus dem Masterplan hat sich dann der Slogan „Wir kümmern uns!“ für die Gemeinde Mötzingen ergeben. Dieser steht nun an allen Ortseingängen und zielt auch das örtliche Mitteilungsblatt.

## Großes Interesse bei den Bürgern

Das Handlungsfeld Senioren des Masterplans hat das Ziel: „die Versorgung zu Hause möglichst lange erreichen, Tagespflegemöglichkeiten schaffen, betreutes altersgerechtes Wohnen sicherstellen und Mehrgenerationenwohnen ermöglichen.“ Um dieses Ziel anzugehen, entwickelte sich das Projekt „L(i)ebenswert altern“ in Mötzingen. Im Rahmen des Projekts befragte das Institut für angewandte Sozialwissenschaften der Dualen

Hochschule Baden-Württemberg im Sommer 2013 alle Bürger ab dem 50. Lebensjahr zu ihren Wünschen für Wohnen im Alter. Dies stieß auf großes Interesse, wie Stoll sich erinnert: Bei der Präsentation der Ergebnisse war die Gemeindehalle „mit ungefähr 300 Teilnehmern fast gerammelt voll.“ Auf Grundlage der Umfrage haben die Bürger eine Projektgruppe gebildet, die sich mit den Fragen nach möglichen Standorten für seniorengerechtes Wohnen, der Finanzierung und künftiger rechtlicher Organisationsformen beschäftigte. Im Januar 2015 wurde schließlich der Verein „Bürger Netzwerk Mötzingen e.V.“ gegründet. Gegenwärtig hat das Bürgernetzwerk 460 Mitglieder und ist damit der größte Verein im Ort. Zu den Aufgaben und Zielen des Vereins gehören unter anderem:

- Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mindern und den Betroffenen die Möglichkeit zu erhalten, weiterhin am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen
- Beratung und Unterstützung in allen Fragen altersgerechter Dienste, insbesondere Leistungen der hauswirtschaftlichen Versorgung und Fahrdienste, Hilfe bei Behördengängen, Alten- und Krankenbesuchen, Leistungen im Rahmen der Tagespflege, Betrieb ambulanter Pflegegruppen
- Hilfe bei der Suche nach Pflegekräften; Hilfe bei der Unterbringung im Pflegeheim; Hilfe bei der Suche nach Beratung im Zusammenhang mit auftretenden Fragen der Altenhilfe bzw. des Gesundheitswesens
- Beratung und Unterstützung im Bereich der Jugend- und Familienhilfe, insbesondere logistische Unterstützung im Rahmen der Mittagsbetreuung der Grundschule oder durch Betreuungsunterstützung von Kindern und Jugendlichen bei kurzfristiger oder schwerer Erkrankung eines Elternteils.

Der Verein konnte ein Netzwerkbüro einrichten, das an drei Wochentagen jeweils rund zwei Stunden geöffnet hat. Von dort aus werden ehrenamtliche Aktivitäten organisiert und der Verein sorgt für haushaltsnahe Dienstleistungen bei altersbedingten Einschränkungen und in gesundheitsbedingten Notfällen. Zudem werden auch Veranstaltungen durchgeführt, wie Kaffee-Nachmittage, Ausflüge oder günstiges Mittagessen in den Oster- und Herbstferien. Momentan arbeitet der Verein an der Konzeptionierung und Umsetzung eines Betreuungszentrums in der Ortsmitte. Mit diesem Projekt soll dazu beigetragen werden, dass im Ort selbst eine Kurzzeitpflege, eine Tagespflegeeinrichtung und ambulant betreute Pflegegruppen sowie seniorengerechtes Wohnen ermöglicht werden. Das etwa sieben bis acht Millionen teure Projekt wird mit Unterstützung des Gemeinderates und eines Investors realisiert.

### Diskussion: Engagement und Ehrenamt müssen unterstützt werden

Auf die Frage eines Teilnehmers, wie eine Sensibilisierung für das Quartier der Zukunft in die Kommunen und auf Landkreisebene gebracht werden könne, beschreibt Sarah Bode die Strategie des Referats für Pflege und Quartiersentwicklung: Von Anfang an habe man dort die kommunalen Spitzenverbände als Berater und Partner mit eingebunden. Diese seien ein wichtiger Multiplikator. Matthias Näht, Landrat im Hohenlohekreis, schließt sich dieser Aussage an. Er bewertet es als positiv, dass sich am Ideenwettbewerb „Quartier 2020“ nicht nur die Gemeinden, sondern auch Landkreise bewerben können. So unterstütze sein Landkreis nun ein kleines Dorf bei der Bewerbung, das gar nicht die personelle Infrastruktur hätte, um ein solches Vorhaben alleine zu stemmen. Besonders wichtig sei aus seiner Sicht, dass für jede Kommune individuelle Lösungen gefunden werden. Als Herausfor-

derung im Prozess der Quartiersbildung betrachtet er die Verzahnung von bürgerrechtlichem Engagement, Ehrenamt, und Bürgerbeteiligung.

Eine Frage, die viele Teilnehmer der Diskussion beschäftigt: Wie kann Ehrenamt in Zukunft gefördert werden? Von mehreren Seiten wird in diesem Hinblick erwähnt, dass seit Wegfall der Zivildienstleistungen an vielen Stellen eine Lücke klaffe, die auch durch das freiwillige soziale Jahr oder den Bundesfreiwilligendienst nicht zu kompensieren sei. Die Diskussions Teilnehmer sind sich einig, dass es immer wichtiger werde, junge Menschen für das Ehrenamt zu begeistern. Zudem müssten auch Migranten oder Zugezogene durch verschiedene Angebote ins Gemeinwesen integriert werden, um den nachbarschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Das sei laut Bode auch eine der zentralen Aufgaben, die der Ideenwettbewerb „Quartier 2020“ langfristig habe.

### Fazit: Verwaltung und Ehrenamt notwendig

Quartiersentwicklung ist eine wichtige Aufgabe von Kreisen und Ländern, kann aber nur gelingen, wenn Bürger und Akteure frühzeitig eingebunden werden. Die besondere Rolle und die Bedürfnisse und Interessen von Ehrenamtlern müssen berücksichtigt werden, damit ihr notwendiges Engagement erhalten bleibt.

# Koordination Unterstützungsangebote für ältere Menschen

## Moderation

Dr. Franz Dormann  
Geschäftsführer, Gesund-  
heitsstadt Berlin e.V.

## Beiträge

› **Praxisbeispiel Neckartailfingen**  
Gerhard Gertitschke  
Bürgermeister, Neckartailfingen,  
Landkreis Esslingen

› **Geben und Nehmen nutzbringend  
organisieren**  
Josef Martin  
Vorsitzender, Senioren-genossenschaft  
Riedlingen e.V.

Der demografische Wandel stellt unsere Gesellschaft vor wachsende Probleme. Theoretische Lösungsansätze der Bundesregierung gibt es viele, doch nicht immer lassen sich diese einfach umsetzen oder bewähren sich in der Praxis. In Workshop B berichten Gerhard Gertitschke und Josef Martin von Lösungsversuchen ihrer jeweiligen Gemeinden und Projekte und erläutern anhand konkreter Beispiele wichtige Eckpfeiler für einen erfolgreichen Umgang mit der steigenden Zahl älterer Menschen.

## Praxisbeispiel Neckartailfingen: Differenzierte Angebote schaffen

„Die demografische Entwicklung ist [...] durchaus auch eine Chance, [...] Miteinander und gesellschaftliche Teilhabe zu fördern“, so Gerhard Gertitschke, Bürgermeister von Neckartailfingen.

Die Versorgung der Senioren geschieht in Neckartailfingen in enger Zusammenarbeit mit dem Krankenpflegeverein Neckartailfingen-Altendorf. Ein spezieller Mittagstisch für Senioren, inklusive ehrenamtlichem Fahrdienst zu den teilnehmenden Restaurants, Gesundheitskurse, Gedächtnistraining und Hilfe bei akuten familiären Notsituationen sind bereits Teil der regulären Vereinstätigkeit.

Als relativ neues Projekt soll „Senioren Online“ (SON) Senioren Zugang zur digitalen Welt des Internets und den damit einhergehenden Kommunikationsmöglichkeiten verschaffen. Sechs Ehrenamtliche sind in Neckartailfingen bei SON engagiert und betreuen ein niedrigschwelliges Kursangebot zur Nutzung von PCs, Smartphones und Tablets. Gertitschke betont, dass „die Kursteilnehmer dort abgeholt [werden], wo sie [...] mit ihrem Tablet stehen“. Die auftretenden Probleme können auch im sogenannten PC-Café besprochen werden. Senioren-Online umfasst auch ein mobiles Angebot — können Senioren nicht in die Kurse oder ins PC-Café kommen, gehen die ehrenamtlichen Mitarbeiter in die Wohnung der jeweiligen Person und besprechen die Probleme vor Ort.

Für Gertitschke reichen die derzeitigen Pflege- und Unterstützungsangebote noch nicht aus. Daher plant der Verein in Neckartailfingen noch eine Tagespflege, eine Seniorenwohngemeinschaft, generationsübergreifende Wohnprojekte und ein Nachbarschaftscafé. Alle diese Einrichtungen sollen auf einem sogenannten Pflegecampus realisiert werden. Zudem soll ein Pflegeheim mit 30 Plätzen gebaut

werden. Zielsetzung der Planung sei es, so Gertitschke, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Senioren ihren Heimatort und ihr über Jahrzehnte gewohntes soziales Umfeld nicht verlassen müssen. Dafür müssten alle Angebote gut miteinander verzahnt und die jeweiligen Übergänge inhaltlich aufeinander abgestimmt werden. Gelingen die Umsetzung, solle mit diesen Pflegeangeboten ganz Neckartailfingen versorgt werden.

## Pflege ist ein Thema – aber erst später

Die Wünsche der Senioren werden dabei in die Planung zukünftiger Projekte einbezogen. Eine Umfrage unter 940 Menschen über 60 Jahren erfragte die Bedürfnisse der Senioren im Bereich Pflege. Ein Hauptergebnis war, dass die Senioren Angst haben, nachts bei einem Vorfall aufgrund fehlender Benachrichtigungsmöglichkeiten nicht versorgt zu werden. In Neckartailfingen sollen deshalb elektronische und digitale Systeme eingesetzt werden, die im Notfall automatisch ein Signal an die zuständigen Stellen absetzen.

Interessanterweise hätten sich die befragten Senioren zum Großteil erst ab dem 80. Lebensjahr mit dem Thema Pflege auseinandersetzen wollen. Gertitschke sieht darin den Ausdruck eines äußerst positiven und starken Lebensgefühls, weist aber auf die mögliche Fehleinschätzung des eigenen Gesundheitszustandes in dem entsprechenden Alter hin. Die Verweildauer in Pflegeeinrichtungen liege in Baden-Württemberg inzwischen bei nur einem halben Jahr. Die Menschen vermieden es, in ein Pflegeheim zu gehen, so Gertitschke. Natürlich spiele auch die Sorge vor schlechter Pflegequalität dabei eine große Rolle, entscheidend für die Menschen sei laut Gertitschke jedoch die Furcht, im Pflegeheim nicht mehr ihr gewohntes Leben mit allen Hobbies führen zu können und somit die fehlende Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe. Diesen Ängsten entge-

gen zu wirken, sei ein Kernaspekt bei der Planung künftiger Pflegeangebote. Die Umsetzung differenzierter und an unterschiedliche Pflegesituationen angepasste Angebote sei hier entscheidend.

## Auf eigene Kräfte besinnen: Genossenschaft

„Wir brauchen wieder mehr Eigeninitiative der Menschen und mehr Selbsthilfe“, fordert Josef Martin, Vorsitzender der Seniorengenossenschaft Riedlingen e.V. Dieses müsse der Staat aber auch zulassen und nicht durch zu stark regulierende Maßnahmen erschweren. Ohne bürgerschaftliches Engagement, hat Martin von den Pflegediensten im Landkreis erfahren, seien sie „nicht mehr in der Lage, all das, was an Anforderungen auf uns zukommt, bedienen zu können, weil wir einfach schlichtweg nicht mehr ausreichend Personal haben“.

Für Martin funktioniert bürgerschaftliches Engagement nicht als reines Ehrenamt, sondern als Teil einer verlängerten Lebensarbeitszeit auch nach dem Beruf. Eine entsprechende Rekompensation der geleisteten Arbeit gehört für Martin dazu. Dennoch müsse jeder das Engagement aus Eigeninitiative starten, um nicht das Gefühl zu haben „für jemanden“ arbeiten zu müssen. Die finanzielle Rekompensation sollte nicht an den ständig steigenden Mindestlohn gekoppelt sein. Dadurch entstünden sonst Probleme für die Menschen, die auf preisgünstige Hilfen angewiesen sind. Diese Entkopplung sollte jedoch nur für bürgerschaftliches Engagement gelten und nicht für Angestellte im Pflegebereich.

In Riedlingen wird die Idee der Selbsthilfe von der Seniorengenossenschaft umgesetzt. Diese Selbsthilfeeinrichtung schaffe, ähnlich wie das System der Großfamilie, untereinander Versorgung und Sicherheit. Die Seniorengenossenschaft hat den Leitspruch: „Wir organisieren Hilfe für

Ältere und nutzen dabei gleichzeitig das Potential älterer Menschen“ und verfolgt drei Ziele:

- Senioren sollen bis zum Lebensende in ihrer Wohnung leben können,
- Kosten niedrig halten, so dass alle Menschen die Angebote nutzen können,
- Entlastung der jüngeren Generationen.

Zur Realisierung des ersten Punktes setzt die Genossenschaft stark auf häusliche Hilfsangebote. Diese umfassen häusliche Betreuung, Hilfe beim Putzen, Kochen, Einkaufen, bei der Gartenarbeit, aber auch Begleitsdienste, Essen auf Rädern und zukünftig auch eine Beratungs- und Informationsstelle. Außerdem besitzt die Genossenschaft einige barrierefreie Wohnungen im Stadtzentrum, die vermietet werden können. Der Bedarf sei jedoch sehr hoch und weiterhin steigend, so dass mehr Wohnungen dringend nötig seien. Eine Baugenossenschaft ist in Gründung, um den Baugenossenschaftsmitgliedern im Bedarfsfall eine Wohnung zur Verfügung stellen zu können. Die Genossenschaft betreibt darüber hinaus auch eine Tagespflege und engagiert sich stark in der Betreuung demenzkranker Menschen. Die Kosten gering zu halten soll unter anderem durch die Einbindung und Mitarbeit älterer Menschen gelingen, die das erhaltene Geld oder auch die geleisteten Stunden für die eigene Pflege ansparen können. Dies entlaste zusätzlich auch die jüngeren Generationen, hofft Gertitschke.

Ein Hauptanliegen der Genossenschaft ist zudem die Selbstverwaltung und finanzielle Unabhängigkeit. Die Genossenschaft hat derzeit 800 Mitglieder, 130 Aktive und keine hauptamtlich angestellten Personen im Vorstand und in der Verwaltung. In der Tagespflege sind Fachkräfte beschäftigt, um eine qualitativ hochwertige Betreuung zu gewährleisten. Ansonsten profitiere die Genossenschaft vom Fach-

wissen ihrer Mitglieder. Martin sieht hier ein großes Potential für verrentete Menschen, sich weiter gesellschaftlich einzubringen und dadurch auch weiterhin Wertschätzung zu erfahren. Der Jahresumsatz der Genossenschaft beträgt inzwischen über eine Million Euro. Laut Martin sei die erhobene Betreuungspauschale in Höhe von 20 Euro pro Monat kostendeckend. Dies zeigt, dass bei geschicktem Vorgehen Lösungen gefunden werden können, die für die Menschen auch bezahlbar sind.

### Diskussion: Wir brauchen eine aktive Bürgergesellschaft

Bei der Rückfrage, wie bürgerschaftliches Engagement gefördert werden kann, sehen beide Referenten die Gemeinden in der Pflicht. Diese müssten entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, beispielsweise Anschubfinanzierung leisten und Räume bereitstellen. Dennoch betont vor allem Martin, dass die Bürger eigenständig agieren müssten, um mit Freude dabei zu sein. Das Wissen, nicht nur anderen, sondern auch sich selbst etwas Gutes zu tun und dafür Wertschätzung und Entlohnung oder Stundengutschriften zu erhalten, könne die Eigeninitiative fördern.

Bei der Finanzierung sind auch für Gertitschke die Gemeinden in der Pflicht, einen Beitrag zu leisten. Es müsse die gesellschaftliche Notwendigkeit einer angemessenen Seniorenversorgung anerkannt werden und eine politische Schwerpunktsetzung erfolgen, fordert er. Nur basierend auf gesellschaftlichem Engagement könnten die notwendigen Maßnahmen nicht finanziert oder umgesetzt werden. Im Gegensatz dazu betont Martin, dass die meisten Menschen (noch) in der Lage seien, ihre Versorgung selbst zu bezahlen. Die Senioren-genossenschaft Riedlingen finanziert sich bisher „ohne einen Cent“ von der Gemeinde. Für Ausnahmefälle — Menschen deren Einkommen nicht über

der Grundsicherung liegt — fordert auch Martin die Unterstützung durch den Staat. Angebote wie das Bürgerinformationszentrum sollten aber grundsätzlich in enger Kooperation mit der Gemeinde entstehen.

### Fazit: Der Staat kann nicht alles regeln

Für beide Referenten kann der Staat nicht allein die nötigen Ansätze für einen gelungenen Umgang mit dem demografischen Wandel bieten. Selbsthilfestrukturen mit eigener Organisation und differenzierten Angeboten könnten klassische Einrichtungen erfolgreich ergänzen. Die Einbindung von existierenden und etablierten Vereinsstrukturen und bürgerschaftliches Engagement sind Schlüsselfaktoren, um den Herausforderungen des demografischen Wandels erfolgreich zu begegnen.



Dr. Franz Dormann  
Geschäftsführer, Gesundheitsstadt Berlin e.V.



# Management kommunaler Beratungsangebote für ältere Menschen

## Moderation

Dr. Franz Dormann  
Geschäftsführer Gesund-  
heitsstadt Berlin e.V.

## Beiträge

› Praxisbeispiel Landkreis Rems-Murr  
Dr. Richard Sigel  
Landrat Rems-Murr-Kreis

› Praxisbeispiel Landkreis Konstanz  
Axel Goßner  
Sozialdezernent, Landkreis Konstanz

Der Workshop C zeigt am Beispiel zweier Vorträge über die Landkreise Rems-Murr und Konstanz, wie das Thema „Demografischer Wandel“ hier in unterschiedlichen Projekten konkret angegangen wird. Im Fokus beider Präsentationen steht das Thema „Organisation von Beratungsangeboten“ – jeweils anhand konkreter Beispiele. In der anschließenden Diskussion wird über die Komplexität der Vernetzung unterschiedlicher Beratungsstellen und die Herausforderungen in der konkreten Arbeit debattiert.

## Nachhaltige Prozesse durch Strukturen vor Ort

Dr. Richard Sigel ist seit knapp zwei Jahren als Landrat für den Landkreis Rems-Murr tätig. Dabei handelt es sich um einen von vier Landkreisen, die in Baden-Württemberg unmittelbar an die Landeshauptstadt Stuttgart angrenzen – mit der besonderen Eigenschaft, dass der Landkreis etwa im Bereich Bad Cannstatt sehr städtisch geprägt ist, sich in anderen Bereichen aber bis in die Höhen des schwäbischen Waldes hochzieht und somit sehr ländlich ist, wie Sigel betont.

Bezüglich der demografischen Entwicklung der Region beschäftigen den Landrat derzeit zwei Fragen: Wie schafft man es, dass Menschen „bis ins hohe Alter ein möglichst selbstbestimmtes Leben“ führen können und wie kann der Landkreis „steuernd eingreifen“? Ausgangspunkt dafür bildet im Rems-Murr-Kreis eine möglichst kleinteilige Bedarfserhebung, aus der dann konkrete Maßnahmen vor Ort abgeleitet werden können. Durchgeführt werden diese Schritte durch eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe aus der Altenhilfe-Fachberatung, der Gesundheitsberichterstattung und der Demenz-Fachberatung.

## Beispiel „Demenzfreundliche Kommune“

Sigel leitet über zu einem Praxisbeispiel, um zu veranschaulichen, wie sich die entsprechenden Akteure einem konkreten Thema widmen – in diesem Fall dem Thema Demenz. Im Fokus des Projektes steht die Stadt Murrhardt im nordöstlichen Teil des Landkreises, die einen sehr hohen Altersquotienten aufweist. Hier lebt eine überdurchschnittlich alte Bevölkerung mit weniger jungen als alten Menschen, wie Sigel erläutert. Problematisch sei unter anderem die Zunahme von Demenzerkrankungen bei steigendem Alter.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsache führt die Demenzfachberatung des Landkreises seit 15 Jahren Problemanalysen durch. Identifiziert wurden vor allem fehlende Informationsstellen für Betroffene, woraus das Handlungsfeld „Demenzfreundliche Kommune“ entstand – mit drei Zielsetzungen. Das erste Ziel ist, „dieses Thema in die Öffentlichkeit zu transportieren“, etwa durch öffentliche Vorträge zum Thema. Der zweite Punkt ist die Förderung der Begegnung von Menschen mit und ohne Demenz – etwa in einem Begegnungscafé, wo Betroffene sich austauschen können und wo zugleich Fachleute eine erste Anlaufstelle bieten. Der dritte Punkt besteht darin, den Zugang zum Unterstützungs- und Hilfesystem zu verbessern. Hier wurde eine Kontaktstelle mit hauptamtlichen Mitarbeitern ins Leben gerufen, die vor Ort als Anlaufstelle dient.

Das Angebot werde im ländlichen Raum sehr gut angenommen, bilanziert Sigel, und die Erfahrungen seien durchweg positiv. Durch dieses Beispiel schlussfolgert Sigel, dass vor allem die Strukturen vor Ort wichtig sind, um als Kreis solche Projekte zum Ziel zu führen.

Als Ausblick nennt der Vortragende abseits vom Thema Demenz die generationenübergreifende Arbeit als ein wichtiges Feld, in dem er für den Landkreis einen wichtigen Handlungsspielraum sieht, ebenso wie bei dem Thema Migration und Integration.

## Sozialpolitik ist auch eine Finanzfrage – aber nicht nur

Axel Goßner, Sozialdezernent von Konstanz, beginnt mit einem Zahlen- und Fakten-Überblick seines Landkreises. Auf 818 Quadratkilometern hat der Landkreis Konstanz zirka 280.000 Einwohner und umfasst 25 Städte und Gemeinden von 1.500 bis 85.000 Einwohnern – darunter

sind drei große Kreisstädte. Eine weitere Besonderheit: der Landkreis liegt unmittelbar an der Grenze zur Schweiz.

Auch in Konstanz ist, wie Goßner verdeutlicht, das Altern auf dem Vormarsch: Nur 13,3% sind 15 Jahre oder jünger, aber schon 20,5% sind älter als 65 Jahre. Der Vortragende betont gleich zu Beginn, dass das Thema „Demografischer Wandel“ nicht nur die Sozialpolitik betreffe, sondern auch ganz klar unter fiskalischen Aspekten gesehen werden müsse. Hierauf bezugnehmend nennt er zwei Beispiele: Das erste Beispiel ist die Hilfe zur Pflege. Hier beträgt das Finanzvolumen 15,2 Millionen Euro. Der Nettoaufwand ist in den Jahren 2010 bis 2016 von 10,3 auf 13,09 Millionen Euro, also um zirka 27%, gestiegen. Und auch bei der Grundsicherung im Alter, dem zweiten Beispiel, ist die Empfängerzahl um zirka 27% im selben Zeitraum angewachsen. Im Jahr 2016 gab es insgesamt 563 Personen, die Grundsicherung im Alter bezogen und älter als 75 Jahre waren. Goßner geht davon aus, dass diese Personen im Pflegefall einmal auf Sozialleistungen angewiesen sein werden.

Der Vortragende hebt aber zugleich hervor, dass das Altern der Bevölkerung nicht nur unter fiskalischen Aspekten betrachtet werden dürfe. „Man muss sehen: Das sind jeweils Menschen, um die es geht und wir wollen für die Menschen einen so angenehm wie möglichen Lebensabend gestalten“.

## Unabhängige Beratungsstellen und bürgerschaftliches Engagement

Wichtige Bausteine für einen Umgang mit einer alternden Gesellschaft sind in Konstanz die öffentlichen, unabhängigen Beratungsstellen für ältere Menschen und Beratungsstellen für spezielle Bedarfe, ebenso wie ehrenamtliche Beratungen.

Hier können sich die Bürger zu altersbezogenen Themen informieren und helfen lassen.

Ein wichtiger Baustein ist für Goßner auch die „kommunale Gesundheitskonferenz“ mit ihrer Arbeitsgruppe „Altersgesundheit“, in der etwa der Kreissenorenrat und auch der Chefarzt der Abteilung Altersmedizin des Gesundheitsverbundes Landkreis Konstanz mitarbeiten. Zudem gibt es einen Pflegestützpunkt mit drei Außenstellen in den Städten Konstanz, Radolfzell und Singen und das Ehrenamtsprojekt „Pflegelotsen“, das mit der „Fachstelle bürgerschaftliches Engagement“ entwickelt wurde und hilfebedürftigen Menschen Unterstützung bieten soll. Wichtig ist für Goßner, dass die verschiedenen Stellen ineinander greifen und so ein funktionierendes Netzwerk bildeten. Besonders hebt er hier den Kreissenorenrat mit regelmäßigen Sprechstunden hervor, der zudem in allen Städten und Gemeinden Seniorenräte und Kontaktpersonen platziert habe, die für die Belange älterer Menschen zuständig sind.

Eine weitere Initiative des Kreissenorenrats ist das „Projekt 60+“. Hier werden Handwerksbetriebe speziell geschult und zertifiziert, wenn sie sich auf Belange älterer Menschen besonders einstellen. Aus Goßners Sicht eine „Win-Win-Situation“ für beide Seiten.

Darüber hinaus gibt es weitere Projekte wie ein Vorruhestandsseminar oder das Projekt „Grüne Damen“, das mit und durch Senioren einen Krankenhausbesuchsdienst im Klinikum Konstanz organisiert. Auf einem Pflegegipfel werden zudem die Herausforderungen im Landkreis thematisiert und Lösungsansätze erarbeitet. Weiter nennt Goßner noch die „besonderen sozialen Dienste“. Dazu zählen z.B. Angebote wie Besuche vor Ort, um Menschen zu beraten, sowie Hospizvereine oder ehrenamtliche Alzheimerbetreuung – um nur einen Teil der genannten Angebote aufzugreifen. Auch die Initiative des Kreissenorenrats

in Kooperation mit Einzelhändlern, um das barrierefreie Einkaufen voranzutreiben, zählt dazu.

Zum Schluss thematisiert Goßner dann noch einmal die besondere Lage an der Grenze zur Schweiz und konstatiert für den Landkreis Konstanz einen noch höheren Pflegenotstand als in anderen Landkreisen, da viele Pflegekräfte in die Schweiz abwandern würden. Grund dafür sei aber nicht nur der höhere Verdienst, sondern auch das deutlich höhere Ansehen der Pflegekräfte in der Schweiz, mahnt er.

## Diskussion: Komplexität der Beratungsstruktur und Herausforderungen

Moderator Franz Dormann fragt nach der Komplexität der Beratungsstrukturen mit Hinblick auf das Vertragsrecht der Pflegeversicherungen und nach den konkreten Angeboten in den Kommunen.

Baden-Württemberg und der Landkreis Konstanz würden hier einen Sonderweg beschreiten, erklärt Goßner. Träger der Pflegestützpunkte könnten hier beispielsweise die Kommunen sowie die Stadt- und Landkreise sein, sofern sie dies wollten. Die Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Pflegestützpunkt sei hervorragend. Dennoch zeichnet sich in seinen Ausführungen ab, dass die Vernetzung der unterschiedlichen Beratungsstellen und die Aufgabenteilung sehr komplex sind. Auf die Frage nach der Evaluation der Beratungslandschaft erläutert Goßner, dass reger Austausch zwischen den einzelnen Stellen im Landkreis bestehe, um den Bedarf und die Qualität der Angebote zu messen. Positives Kennzeichen sei für ihn aber auch die Zufriedenheit der Bürger.

Die Pflegestützpunkte im Landkreis Konstanz seien weiterhin so organisiert, dass es auch eine „aufsuchende Hilfe“ gibt, Sozialarbeiter also Hilfsbedürftige zu Hause

besuchen. Zudem bekomme der Landkreis Informationen über Probleme und Hilfebedürftige von den Ansprechpartnern des Kreissenorenrats vor Ort. Diesem direkten Kontakt misst Goßner große Bedeutung zu.

Zur Planung stationärer Pflegeeinrichtungen untermauert Goßner, dass die Zusammenarbeit zwischen Investoren und Städten und Gemeinden gut funktioniere. Er merkt aber kritisch an, dass die Pflegeversicherungen in diesem Zusammenhang nur Kostenträger seien – die Bedarfsplanung sei weiterhin Sache der Sozialplanung. Ziel sei es aber ebenso, dass ambulante Angebote ausgebaut werden. Dass der Landkreis selbst Träger neuer Einrichtungen werde, sei nicht Priorität.

Die Diskutanten sind sich schließlich einig darüber, dass die Frage wichtig sei, wie man das Beratungsstellenangebot weiter transparent machen kann und wie Bürger möglichst auf kurzem Weg zu Informationen gelangen können.

# Finanzierung demografischer Wandel durch die Kommunen und Fördermöglichkeiten

## Moderation

Ulf Fink  
Senator a.D., Vorsitzender,  
Gesundheitsstadt  
Berlin e.V.

## Beitrag

› Projektfinanzierung mittels  
unterschiedlicher Fördertöpfe  
Mark Herzog  
Demografiebeauftragter Landkreis  
Saarpfalz

Im Workshop D tauschen sich die Teilnehmer über neue Strategien bei der Finanzierung des demografischen Wandels aus. Dabei werden neben der klassischen Projektförderung auch neue Rollen und Aufgaben der Kommunen entwickelt und das Zusammenspiel aus kommunaler Einflussnahme, bundespolitischen Strategien und Markt diskutiert. Auch wenn das Ziel eint, so bestehen durchaus Kontroversen über den Weg dorthin.

## Der Demografie-Beauftragte als Netzwerker

Mark Herzog ist Demografie-Beauftragter des Landkreises Saarpfalz und Leiter der dortigen Stabsstelle zur Gestaltung des Demografischen Wandels. Wie viele Regionen jenseits der großen Zentren prägt Abwanderung in die größeren Zentren und Bevölkerungsschwund und –alterung die ländlichen Regionen im Südosten des Saarlands. Insgesamt hat sich die Bevölkerungszahl in den letzten Jahren zwar durch den Zuzug an Geflüchteten stabil gehalten, doch nach der Reduktion der Flüchtlingszahlen in Deutschland „werden wir auch wieder schrumpfen“, da ist sich Herzog sicher. Dass die demografische Entwicklung langfristig eine Herausforderung für den Kreis bedeutet, war im Landkreis schon länger klar, und so wurde 2014 die Stelle eines Demografiebeauftragten geschaffen. Aus der ursprünglichen halben Stelle mit Sitz im Keller des Landratsgebäudes ist mittlerweile eine Stabsstelle mit vier Mitarbeitern geworden, die Herzog leitet. Statt im Keller sitzt er nun im zweiten Stock und ist direkt dem Landrat zugeordnet. So sieht Verstetigung aus.

Herzog verfolgt bei seiner Arbeit eine ganz bestimmte Strategie: „Zu Beginn, als ich anfang, hatten wir natürlich den Versuch gemacht, einfach Fördermittel zu suchen und dann Projekte danach zu bauen. Das war nicht gut.“ Denn ob die Kommunen bei den Projekten auch mitziehen, sei nie sicher. Besser sei es, davon ist Herzog überzeugt, ein Netzwerk mit den Kommunen aufzubauen, durch engen Kontakt mit ihnen die Bedürfnisse vor Ort gut zu kennen und dann dazu passende Förderungen zu suchen.

Basis dafür ist der „Demografie-Pakt“, eine Vereinbarung zwischen Landkreis und allen Kommunen im Kreis. Entwickelt wurde das Papier über eineinhalb Jahre zusammen mit den Bürgermeistern und dabei sei ein Vertrauensverhältnis entstanden, das noch heute trage. „Und auf der Arbeitsebene schlage ich immer wie-

der bei den Kommunen auf und erzähle, was wir so vorhaben, höre ihre Sorgen und Nöte an.“ Dieser enge Kontakt sei besonders dann wertvoll, wenn es mal schnell gehen müsse, enge Fristen lange Prüfungen unmöglich machten und die Kommunen „auf unser Wort hin einfach mitziehen“. Genau diese Einigkeit mache den Landkreis interessant für potenzielle Partner.

So konnte sich der Landkreis erfolgreich für eine Förderung durch das „TRAFÖ“-Projekt der Kulturstiftung des Bundes bewerben („Modelle für Kultur im Lande“), Bildungsangebote für Zugewanderte im Projekt „Bildung integriert“ im Rahmen der Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement finanzieren oder im Projekt „mobisaar“ eine Begleitung älterer Menschen im ÖPNV durch Lotsen ermöglichen. Auch hier habe die enge Zusammenarbeit zwischen Kreis und Kommunen die Fördermittelgeber überzeugt, bilanziert Herzog.

Dabei fungiert der Landkreis als Mittler und Unterstützer: „Wenn ich über Förderprogramme stolpere, kann ich sie weitergeben“, das ist eine der Aufgaben, die Herzog bei sich sieht. Bei größeren Projekten und Anträgen, z.B. auf Bundes- oder EU-Ebene, die kleine Kommunen weder personell noch inhaltlich stemmen können, vernetzt und unterstützt der Landkreis.

Doch Herzog will sich nicht auf die Teilnahme an Förderprogrammen beschränken. Auch mit Partnern aus der Industrie entstehen gemeinsame Projekte. Zusammen mit dem Pflegestützpunkt im Haus plant der Landkreis eine neue Modellregion „Länger zuhause LEBEN“. Zwei starke Industriepartner sind dabei und gemeinsam entwickeln sie ein Assisted Living-Modell, um Älteren ein möglichst langes Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Diese Verbindung sei für beide Seiten von Vorteil, so Herzog: Die Industriepartner bekämen durch die Kooperation einen Zugang zum Markt und zu größeren Modellprojekten, in denen Konzepte und Techniken entwickelt und

geprüft werden können. Die Kommunen könnten Einfluss auf die Preisgestaltung nehmen, sodass die Umbauten für die Menschen bezahlbar blieben.

Modelle zur Finanzierung des demografischen Wandel beschäftigen auch die Teilnehmer der Veranstaltung. Hier findet sich ein breites Spektrum aus Vertretern der Bundesverwaltung und der Wohlfahrtsverbände, Seniorenfachberater, Sozialdienstleister, Quartiersentwickler sowie Vertreter von Mehrgenerationenhäusern und Familienzentren. Der Moderator der Veranstaltung, Ulf Fink, fokussiert auf die Frage, auf welcher Ebene zukünftige Finanzierungsmodelle am besten lokalisiert sein sollen: Bei den Kommunen? Auf der Kreisebene? Auf der Landesebene? Auf der Bundesebene? Auf der Sozialversicherungsebene? Dazu Prof. Bertram Häussler vom Berliner IGES-Institut:

## Kommunen als Leistungserbringer der Sozialversicherung

Prof. Häussler sieht in der „Kommune den Punkt, wo Demografie passiert“ und daher hier auch eine große Verantwortung, jedoch nicht nur als Verwalter und Koordinator, sondern direkt als Leistungserbringer. Kommunen könnten viele Leistungen für Pflegebedürftige und in deren Umfeld selber erbringen und ihre Personalkosten über Leistungserbringung aus dem Sozialbudget finanzieren. Häussler kann sich hier direkt Möglichkeiten für das von Mark Herzog vorgestellte Projekt „Länger zuhause LEBEN“ vorstellen. Schließlich gäbe es vonseiten der Sozialversicherung Möglichkeiten, Beratung und Umsetzung von z.B. barrierefreiem Wohnen zu finanzieren. Wenn nun die Kommune diese Beratungs- und Umsetzungsaufgaben übernehmen würde, könnte sie regulär als Leistungserbringer auftreten und abrechnen. Häusslers Hoffnung ist es, „durch eine Parallelfinanzierung die Möglichkeit zu schaffen, Mittel aus dem Sozialversicherungsbereich auf die Kommune zu lenken.“

Grundsätzlich zieht Häussler „eine private [...] einer kommunalen Leistungserbringung“ vor. Jedoch solle die Kommune dazu den Impuls geben und koordinierte Aktionen anstoßen. Denn die Kommunen hätten, so Häussler, einen großen Vorteil: Sie seien die „einzig Glaubwürdigen, die interessensfrei beraten können“. Unternehmen hätten „niemals die Glaubwürdigkeit zu sagen, dass ist jetzt das optimale System zum optimalen Preis. Aber die Kommune kann das. Die Kommune kann das vorantreiben.“ Weiterhin könne und müsse die Kommune die Investitionstätigkeit auch weitgehend lenken, z.B. über Ausschreibungen.

Auch die privaten Leistungserbringer und die Wohlfahrtsträger betonen in der Diskussion ihre starke Rolle in der Gestaltung des demografischen Wandels. So werde jetzt beispielsweise das Deutsche Rote Kreuz in Schwäbisch-Gmünd aktiv ins Quartiersmanagement einsteigen. Dabei seien allerdings Starthilfen und Förderung durch Politik und Verwaltung wünschenswert. Wichtig sei jedoch, dass sich die Kommunen dabei und auch bei den bestehenden Strukturen in der häuslichen Pflege und bei den haushaltsnahen Hilfen möglichst „nicht ins operative Geschäft einmischen“.

Gegenwind kommt hier von Herzog, der „bei dem Satz, ein Angebot des Marktes grundsätzlich vorzuziehen“ Bauchschmerzen bekomme und befürchtet, dass sich der Markt dann eher auf die lukrativen Regionen und Geschäftsfelder konzentriere und „die Kommunen immer nur in die Lücken springen“. Das sehe man besonders auf dem Gebiet des barrierefreien Wohnens. In Zentren entstünden bereits zahlreiche barrierefreie Wohnangebote, nur könnten sich diese nicht alle Menschen leisten. In Wohngebieten mit niedrigerer Finanzkraft, z.B. an den Dorfrändern, entstehe hingegen wenig barrierefreier Wohnraum. Hier müsse die Kommune oder der Landkreis steuernd eingreifen. Gleichzeitig sieht Herzog auch die Nachteile

projektbezogener Förderung durch die öffentliche Hand oder Stiftungen. Diese seien immer zeitlich begrenzt und außerdem redete ihm „oftmals der Geldgeber zu viel mit“. Sein Wunsch ist mehr Gestaltungsfreiheit bei den Kommunen durch ein Budget, über das sie verfügen können. Da spare man sich die Zeit an Anträgen zu schreiben und könne die Mittel dort vor Ort einsetzen, wo sie gebraucht würden. Diesbezüglich wünscht er sich Vertrauen gegenüber den Kommunen.

### Wer bezahlt den demografischen Wandel?

Der Moderator legt Zahlen vor: Die Wohnungswirtschaft hat ausgerechnet, dass altersgerechter Wohnraum in Deutschland über 50 Mrd. Euro kosten wird. Wie ist diese Investition zu stemmen? Über die Miete sei schließlich nur refinanzierbar, was sich die Mieter an Mehrkosten auch leisten können. Für alles darüber hinaus müsse die öffentliche Hand aufkommen. Daher sei es besonders wichtig, möglichst zügig die Kosten barrierefreien Wohnens zu senken. Dies könne über Markteffekte erzielt werden, die auch politisch produziert werden könnten. Fink liefert das passende Beispiel für seine These: Die Finanzierung von Notrufsysteme für Menschen mit niedrigem Pflegegrad durch die Pflegeversicherung habe einen „mächtigen Boom der Produktion von Notrufsystemen“ hervorgerufen. In der Folge seien die Preise gesunken, sodass sich noch mehr Menschen diese Systeme auch privat leisten konnten. Das Modell, durch gezielte Vorstöße im Sozialversicherungssystem Entwicklungen anzustoßen, findet Fink dringend erweiterungswürdig.

### Fazit: Gemeinsam neue Wege denken

Kommunen, Unternehmen, Kostenträger und die Förderlandschaft müssen sich für neue Modelle der Finanzierung öffnen. Silodenken und starre Konzepte helfen bei den enormen Herausforderungen des demografischen Wandels nicht. Um neue, kreative Lösungen zu entwickeln, sollte die Kooperation aller Akteure auch rechtlich erleichtert werden.

# Essen

# 26.09.2017

Workshop A	
> Quartiersentwicklung im demografischen Wandel	39
Workshop B	
> Kommunen im Demografischen Wandel: Management und Finanzierung vor Ort	43
Workshop C	
> Medizinisch-pflegerische Versorgung im ländlichen Raum	46
Workshop D	
> Wohnen im demografischen Wandel	49





# Quartiersentwicklung im demografischen Wandel

## Moderation

**Felix von Billerbeck**  
Projektleiter, Gesundheitsstadt Berlin e.V.

## Beiträge

› **Praxisbeispiel Dortmund**  
Reinhard Pohlmann  
Bereichsleiter für Seniorenarbeit,  
Dortmund

› **Praxisbeispiel Essen**  
Margarete Meyer  
Leiterin Stadterneuerung, Städtebau-  
förderung und Stadtteilentwicklung,  
Amt für Stadterneuerung und  
Bodenmanagement, Essen

Im Essener Workshop A berichten zwei Mitarbeiter der Stadtverwaltungen Dortmund und Essen von dem langen Atem, den sie bei der Bewältigung des demografischen Wandels in ihren städtischen Regionen brauchen. Es geht um den Abbau von Fachbereichsgrenzen in der Verwaltung, den Ausgleich von unterschiedlichen Interessen der vielen Akteure vor Ort und langfristigen Umbau in den Quartieren. Dabei spielt nicht nur die Alterung der Gesellschaft, sondern auch soziale Entwicklungen eine große Rolle.

## Praxisbeispiel Dortmund

Reinhard Pohlmann leitet seit fast 30 Jahren den Fachdienst für Senioren der Stadt Dortmund. Er ist somit nicht nur ein guter Kenner von demografischen Veränderungen und Verwaltungsstrukturen, sondern auch fast schon Teil der Zielgruppe der meisten Demografie-Projekte. Denn, heute 61-jährig, habe er „schon noch vor, 20, 25 Jahre in meinem Quartier zu leben“. Damit dies ihm und vielen Menschen ermöglicht wird, informiert und unterstützt der Fachdienst ältere Menschen in Dortmund. Obwohl das Thema „demografischer Wandel“ nicht nur auf Senioren beschränkt ist, hat es die Stadt Dortmund bei der Fachstelle für Senioren angesiedelt, anstatt – wie in vielen anderen Städten und Gemeinden der Fall – in einer eigenen Stabsstelle. Im hier angesiedelten „Projekt Demografischer Wandel“ soll eine gesamtstädtische Strategie für weitere Maßnahmen koordiniert werden. Zielgruppen des Projekts sind ältere Menschen mit ihren ganz unterschiedlichen Problemen: alleine lebende Senioren mit oder ohne Mobilitätseinschränkung oder Pflegebedürftigkeit, ältere Immigranten ohne Familienanschluss oder Senioren mit Behinderungen. Und das sind in Dortmund viele: Laut Pohlmann leben hier 160.000 über 60-Jährige und 33.000 über 80-Jährige. Nur ein kleiner Teil dieser Gruppe hat Anspruch auf Leistungen der Pflegeversicherung, die anderen seien jedoch vielfach auch unterstützungsbedürftig. Schon vor Start des Projekts Demografischer Wandel gab es für sie Angebote von Stadt und Wohlfahrtsverbänden. Seit zwölf Jahren gibt es z.B. in allen zwölf Dortmunder Stadtbezirken die so genannten Seniorenbüros.

## Seniorenbüros gehen weiter als Pflegestützpunkte

Täglich von 10:00 bis 12:00 Uhr berät in jedem Büro ein Tandem aus zwei Sozialarbeitern, jeweils von der Stadt und eines Wohlfahrtsverbands. Themen: Alles rund ums Älterwerden. Doch, so Pohlmann, Beratung und Information z.B. zu ambulanter oder stationärer Pflege alleine reichen nicht. „Sondern es geht oftmals darum, dass die Menschen dann auch eine Unterstützung bekommen, diese Hilfen zu organisieren.“ Pflegestützpunkte springen da seiner Meinung nach viel zu kurz, da sie die konkrete Pflegeversorgung, die Unterstützung im Alltag und die Kommunikation der Teilhabe nicht ausreichend bedienen. Dies würden die Seniorenbüros im Bereich der Kommune viel besser adressieren, indem sie die Menschen auch zu Hause aufsuchten, Leistungserbringer im Quartier vernetzten und so individuelle Unterstützung initiierten. Daher seien die 1,5 Millionen Euro, die die Stadt Dortmund dafür im Jahr ausbehalte, gut angelegt.

Zusätzlich gibt es in jedem Dortmunder Stadtbezirk Runde Tische für Seniorenarbeit, an denen u.a. stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser, die Polizei und Wohnungsbauunternehmen gemeinsam die Themen der Quartiere besprechen.

## Demografiefarbeit als Querschnittsthema der Verwaltung

Im Jahr 2015 gab ein Ratsbeschluss den Anstoß für das „Projekt Demografischer Wandel“: Es brauche eine „dauerhafte Einrichtung einer fachämterübergreifenden Lenkungsgruppe unter Beteiligung von politischen Beiräten, Verbänden und Universität“. Dies sei, so Pohlmann, „ein ausgesprochen dickes Brett [...], was man bohren muss“, denn „in so einer Großstadtverwaltung ist es nicht selbstverständlich,

dass die Fachämter zusammenarbeiten“. Doch in diesem Fall sind sie dazu gezwungen: Denn unter der Geschäftsführung des Fachdienstes für Senioren arbeitet nun eine Lenkungsgruppe aus den fünf Fachbereichen Soziales, Wohnen, Gesundheit, Planung und Statistik, zusammen mit Beiräten (Behindertenpolitisches Netzwerk, Seniorenbeirat, Integrationsrat), den Dortmunder Wohlfahrtsverbänden und der TU Dortmund. Sie beschäftigen sich mit vier Handlungsfeldern: Teilhabe und soziales Leben, Gesundheit und Pflege, Wohnen und Wohnumfeld sowie Mobilität, Nahversorgung und Sicherheit. Die Aktivitäten sind breit gestreut: vom Kaffeetrinken am Nachmittag über gesundheitsfördernde Angebote in den Stadtteilen, gesunde Ernährung und gemeinsames Essen, Sportangebote, barrierefreies Wohnen, Ermöglichung von Mobilität (Einkaufen, Arztbesuche), Schutz vor Einbrüchen u.v.m. Dabei alle Meinungen und Interessen unter einen Hut zu bringen, ist schwer. Erster Schritt war eine amtsinterne Auftaktveranstaltung, gefolgt von drei Workshops und schließlich fanden in drei Bezirken Bürgerwerkstätten statt, in deren Nachfolge noch heute interessierte Bürger weiter an den Themen arbeiten. Die Ergebnisse dieses Prozesses sollen im kommenden Jahr als Vorschläge an die Politik präsentiert werden.

## Praxisbeispiel Essen

Margarete Meyer, Leiterin der Abteilung Stadterneuerung, Städtebauförderung und Stadtteilentwicklung der Stadt Essen beschäftigt sich in ihrem Vortrag mit den Möglichkeiten, durch Stadtteilentwicklung auch Einfluss zu nehmen auf die soziale Lage in schwierigen Stadtteilen. Schon seit den späten 80er Jahren sei das Thema der „Sozialen Segregation in den Städten“ ein Dauerbrenner und noch heute gebe es selbst innerhalb kleinster Gebiete starke soziale Unterschiede mit einem großen Einfluss auf Wohnqualität, Gesundheit und Erwerbsleben. Der Vorläu-

fer des heutigen Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt - Investitionen im Quartier“ förderte bereits Anfang der 90er Jahre als NRW-Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ innovative kommunale Konzepte der sozialen Stadtteilentwicklung. Von 1993 bis heute werden daraus z. B. Projekte und Maßnahmen im Essener Stadtteil Katernberg gefördert.

## Das Stadtteilprojekt Katernberg: Problematische Regionen attraktiver machen

So entstand in Katernberg aus einer alten Zechenanlage ein Bürger- und Handwerkerpark, der seit Jahren wächst und gestaltet wird. Heute findet man in der denkmalgeschützten Halle neben Baubetrieben eine Kindertagesstätte, ein Museum und ein Seniorenzentrum. Für die Planer aus Meyers Abteilung sollte dies Ausgangspunkt für eine weitere Entwicklung des Quartiers werden, doch da hätten sich Wohnungsunternehmen quer gestellt. „Die hatten den ganzen Stadtteil schon vergessen“, erinnert sich Meyer an das Desinteresse, in schlechte Bausubstanz mit geringen Mieten zu investieren. Also sei die Kommune wieder aktiv geworden. Der Plan war: „Wir müssen den Standort [...] attraktiv machen, damit die Unternehmen überhaupt Wohnungsangebote machen und die Flächen nicht einfach nur liegen lassen, die dann Jahrzehnte vor sich hingammeln.“ Zusammen mit dem Zeche-Zollverein wurde 1996 ein Gründerzentrum gegründet, in dem heute 70 Unternehmen mit rund 700 Beschäftigten angesiedelt sind. Mit den Arbeitsplätzen sei dann wieder Wirtschaftskraft in den Stadtteil gekommen. Zusätzlich wurden Schulhöfe erneuert, Spiel- und Sportplätze renoviert und kulturelle Angebote gefördert. Besonders interessant findet Meyer die Neuerichtung einer Gesamtschule, die auch die Stadtteilbibliothek, Vereine und ein Elterncafé mit Sozial- und Gesundheitsberatung beherbergt. Diese Maßnahmen und noch

viele mehr hätten dazu geführt, dass Katernberg zwar heute immer noch ein sozial schwieriger Stadtteil sei, sich aber nun im Vergleich zur Stadt nicht mehr weiter verschlechtere. Kosten für dieses Unterfangen: Insgesamt 40 Millionen Euro.

## Überzeugungsarbeit beim Wohnungsunternehmen

An anderer Stelle sei dieses Konzept zunächst nicht so gut aufgegangen. Im Stadtteil Altendorf hatte die Stadt ebenfalls in Infrastruktur investiert, unterstützt von Fördergeldern des Landes. Doch dies habe das Wohnungsbauunternehmen nicht zum Bau neuer, attraktiver Wohnungen motiviert. Schließlich sei eine Absprache die Lösung gewesen: In Altendorf könnten Wohnungen mit höheren Mieten entstehen, deren neue Bewohner die soziale Zusammensetzung im Quartier verändern und weitere Mieter anziehen, die auch höhere Mieten zahlen könnten. Als Ausgleich müsse das Wohnungsunternehmen an anderer Stelle im Bezirk doppelt so viele Wohnungen mit niedrigen Mieten bauen. Unterm Strich seien nun mehr soziale Wohnungen entstanden als ursprünglich geplant, bilanziert Meyer.

Meyer berichtet noch von weiteren Maßnahmen: Die wichtige Netzwerkbildung in allen Stadtteilen mit Lenkungsgruppen, Quartiersmanagement und Stadtteilbüros, die kleine Verfügungsfonds selber verwalten können, um bürgergetragene Aktivitäten zu unterstützen. Denn die Bürger sind „schon eine gewaltige Kraft, die da auch hinter steht“.

## Diskussion: Vor- und Nachteile der Partizipation

Die anschließende Diskussion dreht sich unter anderem um das Thema Bürgerbeteiligung. Moderator von Billerbeck berichtet von starken Widerständen gegen die Wohnungswirtschaft in Berlin, wo

Bürgerbeteiligung nach Ansicht der Wohnungswirtschaft die zügige Schaffung von Wohnraum oft „ausbremse“. Diese Erfahrung hat auch Meyer gemacht, besonders wenn es um die Erhaltung von Bestandswohnraum geht. Hier würden sich die Bürger oft gegen Abriss und Neubau wehren, obwohl eine Renovierung des Bestandes teuer und weniger zukunftsträchtig sei. Doch bei diesen Konflikten müsse man durchhalten. Sie vermisst hier auch den Mut der Politik zu sagen „Ja, das stimmt! Ja, wir brauchen das!“. Pohlmann ergänzt, dass bürgerschaftliches Engagement gleichzeitig enorm wichtig sei, zum einen, um viele nachbarschaftliche Aufgaben zu übernehmen, zum anderen, um Menschen nach der Erwerbszeit und Familienzeit Möglichkeiten der Teilhabe zu bieten. In Dortmund würde man daher aktiv Ehrenamtler anwerben und betreuen. Zwei hauptamtliche Stellen kümmerten sich bei ihm nur darum.



Felix von Billerbeck  
Projektleiter, Gesundheitsstadt Berlin e.V.

# Kommunen im Demografischen Wandel: Management und Finanzierung vor Ort

## Moderation

Dr. Franz Dormann  
Geschäftsführer, Gesundheitsstadt Berlin e.V.

## Beitrag

› Beispiele für gelungene Gestaltung in NRW  
Michael Cirkel  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter,  
Forschungsschwerpunkt Gesundheitswirtschaft & Lebensqualität,  
Institut Arbeit und Technik,  
Gelsenkirchen

Seniorenheime und Pflegeeinrichtungen können und dürfen nicht die einzige Lösung für ältere Menschen sein. Ältere und alte Menschen möchten und sollten möglichst lange in ihrer privaten Wohnung leben können. Das erfordert gute Planung und großes Engagement. Wie Landkreise und Kommunen in Nordrhein-Westfalen zusammenarbeiten und was noch verbessert werden könnte, diskutieren die Teilnehmer des Workshops B in Essen.

## Kleine Projekte mit großer Wirkung

Das Institut Arbeit und Technik beschäftigt sich seit langer Zeit mit den Themen, die die alternde Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen (NRW) betreffen. Längst geht es nicht mehr um allumfassende Lösungen — die gibt es nach Meinung des Referenten Michael Cirkel nicht — sondern um bedarfs- und quartiersgerechte kleinteilige Projekte. Im Landesbüro Alten-gerechte Quartiere in NRW sind bereits 188 unterschiedlichste Projektbeispiele verzeichnet, vom gesamtstädtischen Konzept über Vereine bis hin zu sehr kleinen Projekten, die Impulse geben können. Potentiale vor Ort zu identifizieren, zu nutzen sowie nachhaltig zu sichern und zu finanzieren seien die wichtigsten Punkte. „Man muss sich die Gemeinden anschauen und passgenaue Lösungen entwickeln“, sagt Cirkel. Dazu gehöre die Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort — den Institutionen, Vereinen und Verbänden. Cirkel stellt gelungene Projektbeispiele in den Bereichen Wohnen, Barrierefreiheit, Gesundheit und Digitalisierung vor und lässt auch die Betroffenen im Rahmen eines 20-minütigen Films zu Wort kommen.

## Alternativen 60plus

Im Kreis Mettmann werden im Jahr 2030 voraussichtlich über ein Viertel der Menschen über 65 Jahre und mehr als jeder Zehnte über 80 Jahre alt sein. Schon jetzt hat der Kreis daher Lösungsansätze unter dem Titel „Alternativen 60plus“ entwickelt.

Bei der Finanzierung sorgt ein Bonussystem für die Entlastung des Kreishaushalts: Gelingt es den Städten oder Gemeinden, den Zulauf in die Pflegeheime durch eine altengerechte Sozialraumentwicklung zu verringern, so erhalten sie die Hälfte des dadurch gesparten Kreisgeldes. Das

Bonussystem soll helfen, die stationäre Pflege zu vermeiden und zur Entwicklung von Gegenentwürfen führen. Ein Teil des an Pflegehilfe eingesparten Geldes fließt in seniorenorientierte Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten, beispielsweise in den Aufbau eines Demenznetzwerks oder einer Begegnungsstätte. Es handelt sich um ein Umlagesystem, bei dem politisch verabschiedete Kreis-Entwicklungspläne zurate gezogen werden. Das 2010 eingeführte Bonussystem zeigt einen deutlich messbaren Erfolg.

Projektförderung aus der Kreisumlage laufe jedoch nicht immer harmonisch, erläutert Cirkel an einem Beispiel: Die Förderung von Digitalisierung im Quartier durch den Märkischen Kreis: Da „stellt sich die Frage, wer macht mit und welchen Kommunen kommt das zugute?“. Nicht alle könnten gefördert werden und in diesem Falle hätten Kommunen, die bereits Vorarbeit geleistet haben, den Vorzug. Solche Entscheidungen würden häufig Konflikte beinhalten, auch wenn es letztendlich das Ziel sei, die Ausdehnung eines Projekts auf alle Kommunen zu erreichen. Obwohl der Kreisentwicklungsplan ein wichtiges Instrument darstelle, erlebt Cirkel auch, dass „das entscheidende Steuerungsinstrument schlichtweg der jeweilige Bürgermeister war. Wenn der die Sache in die Hand genommen hat, zur Chefsache erklärt hat und vorangetrieben hat, hat das funktioniert.“

## Altern auf dem Land

Altern in der Stadt ist anders als auf dem Land. Auf dem Land ist die wohnortnahe Versorgung eine deutlich größere Herausforderung – eine gute Vernetzung und Koordination spielt eine noch größere Rolle. Viel Arbeit wird auch hier ehrenamtlich geleistet. Im Kreis Borken existiert beispielsweise ein Verein, der älteren Menschen Dienstleistungen anbietet. Wichtig ist zudem, dass zu Fuß erreichbare Ein-

kaufsmöglichkeiten, Begegnungsstätten und eventuell noch Gesundheitsangebote existieren. Damit wird der Wegzug der Menschen verhindert.

Ein besonderes Beispiel für bürgerliches Engagement und wohnortnahe Versorgung bietet der Stadtteil Spork in der 70.000 Einwohner fassenden Kleinstadt Bocholt. Ehrenamtliche schufen eine persönliche Anlaufstelle für ältere Menschen, die im Dorfladen integriert ist. Der Dorfladen bietet gleichzeitig die einzig verbliebene Einkaufsmöglichkeit im Stadtteil. Des Weiteren organisiert der Verein „Leben im Alter“ in einem nahe gelegenen renovierten Gutshaus Konzerte oder richtet Geburtstage aus. Geplant sind weiterhin eine Nutzung der nicht mehr benötigten Schule und ein Gesundheitsangebot mit Sport und Physiotherapie. Die Einwohner wünschen sich außerdem die Möglichkeit, vor Ort einen Arzt aufsuchen zu können.

## Altern in der Stadt

Die Stadt Bielefeld bietet für ältere Menschen, die doch nicht mehr in ihrer Wohnung verbleiben können, Plätze in einer Wohnanlage in Citynähe an. Diese Anlage wird von einer gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft geführt und soll vermeiden, dass die Menschen vereinsamen. Dafür sorgen gemeinsam genutzte Räume in der Wohnanlage. „Ruhig, friedlich und ein bisschen fröhlich leben“, sei sein Wunsch, der hier erfüllt werde, so beschreibt es ein Bewohner.

In Leverkusen greift die wirkungsorientierte Steuerung in der kommunalen Altenhilfe. Die Stadt kauft nicht — wie sonst üblich — Leistungen bei Wohlfahrtsunternehmen und anderen Leistungserbringern ein, sondern vereinbart im kooperativen Abstimmungsverfahren so genannte Wirkungspakete. Ein solches Wirkungspaket kann beispielsweise die Förderung oder den Erhalt der Häuslichkeit eines alten

Menschen mit Pflegebedarf bedeuten. Das Ziel und die Kennzahl des Wirkungspakets wird bestimmt und die Mittelverteilung nach dem Kosten-Nutzen-Aufwand berechnet. Im besten Falle ist die betroffene Person am Entscheidungsprozess beteiligt. So und durch ehrenamtliche Beteiligung werden die Ausgaben für die Pflegehilfe reduziert und die Lebensqualität der älteren Menschen gesichert.

Der Ausbau der Tagespflege, so ein Teilnehmer, würde eine weitere Möglichkeit bieten, von der stationären Pflege wegzukommen. Die häusliche Pflege könnte auch von stationären Heimen übernommen werden, gleichzeitig sollten die Menschen die Möglichkeit bekommen, das von den Heimen angebotene Sport- oder Unterhaltungsangebot zu nutzen, um nicht zu vereinsamen. Cirkel bestätigt die Bestrebungen der stationären Pflege, sich nicht nur in Richtung Tagespflege, sondern auch zur Nachbarschaft und zum Stadtteil zu öffnen, um eine größere Durchmischung der Besucher z.B. beim Mittagstisch und bei den Freizeitangeboten zu erreichen.

---

### Diskussion: Projektfinanzierung

Auch wenn Quartiersmanagement gerade im sozialen Bereich vieles leisten kann, bleiben doch ungelöste Probleme in der Gesundheitsversorgung. Die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum oder die Rolle der Wohnungsbauträger bei der Entwicklung eines altersgerechten Quartiers wären solche Themen. Die Kreise werden hier als Impulsgeber gesehen, wobei die Kommunen selbst durch die Beantragung von Fördergeldern einiges leisten könnten. Laut Cirkel fehle es den Kommunen jedoch an Erfahrung mit der Beantragung von Geldern, beispielsweise aus dem Innovationsfonds. Zwar seien solche Zuschüsse nur projektorientiert und nicht nachhaltig, könnten und sollten aber theoretisch den Weg zur Regelversorgung ebnen.

---

### Diskussion: Bau von Pflegeeinrichtungen

Ein weiteres wichtiges Problem sieht ein Teilnehmer im Bau von Pflegeheimen durch private Investoren, die Landespflegegelder als Zuschuss erhalten, obwohl sie die verbindliche Pflegeplanung der Landkreise nicht berücksichtigen. Eine gute Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und der Pflegekasse sei hier gefordert. Cirkel verweist hierzu auf die Finanzierungsstruktur in NRW, die eine 50%ige Finanzierung solcher Bauprojekte durch das Land vorsieht. Die andere Hälfte der Finanzierung muss durch einen anderen Kostenträger erfolgen. Ein Teilnehmer aus dem Kreis Düren erwähnt eine Bedarfsermittlung, die in seinem Landkreis dazu führt, dass Pflegeeinrichtungen nur gefördert werden, wenn der Bedarf vom Kreistag anerkannt wird. Ein solcher Plan schränke den Einfluss privater Investoren ein. „Sie werden natürlich nicht daran gehindert, eine Pflegeeinrichtung zu errichten, aber sie erhalten dafür keine öffentlichen Gelder mehr“, schlussfolgert ein anderer Diskussionsteilnehmer aus dem Kreis Viersen.

---

### Diskussion: Digitalisierung

Dem Thema Digitalisierung und Assistenzsysteme stünden viele ältere Menschen eher skeptisch gegenüber, glaubt ein Teilnehmer: „Wichtiger als die Technik sind die Dienstleistungskonzepte.“ Eine digitale Kommunikationsplattform, mit der in Frankreich bereits 30.000 Senioren arbeiten, soll jedoch auch im deutschen Markt etabliert werden. Cirkel berichtet außerdem von dem Erfolg eines niederländischen Pilotprojekts, bei dem akustische Überwachungssysteme, Sensoreinrichtungen und Videobetreuung getestet wurden. Er sehe kein Problem für die Akzeptanz solcher Systeme bei den älteren Deutschen. Viel eher sei es notwendig, die

jeweiligen Kostenträger mit Zahlen und Fakten vom Nutzen solcher Systeme zu überzeugen.

---

### Fazit: Passgenau in Quartieren handeln

Lösungen zur Versorgung der alternden Bevölkerung in NRW zeigen sich in vielfältigen und passgenauen Ansätzen. Aus den bisherigen Erfahrungen sind sie besonders erfolgreich, wenn bürgerschaftliches Engagement und politische Initiativen im Quartiersmanagement zusammenkommen. Wohnortnahe Projekte verhindern einen frühzeitigen Umzug alter Menschen ins Pflegeheim und entlasten dadurch den Kreishaushalt. Dennoch gibt es noch viele ungelöste Probleme in der übergeordneten Versorgung — diese betreffen zum einen die Finanzierung des Baus von Pflegeheimen und die ärztliche Versorgung auf dem Land, aber auch die Einführung digitaler Assistenzsysteme für alte und allein lebende Menschen.

# Medizinisch-pflegerische Versorgung im ländlichen Raum

## Moderation

**Felix von Billerbeck**  
Projektleiter, Gesundheitsstadt Berlin e.V.

## Beiträge

› **Konzepte und Maßnahmen des Kreises Steinfurt**  
Kirsten Weßling  
Leiterin Stabsstelle Landrat -  
Kreisentwicklung, Kreis Steinfurt

› **Praxisbeispiel Kreis Viersen**  
Katharina Esser  
Sozialdezernentin Kreis Viersen

Der demografische Wandel hat neben einer sich verändernden Bevölkerungsstruktur unmittelbare Auswirkungen auf die ambulante und stationäre pflegerische Versorgung der Bevölkerung. Vor allem im ländlichen Raum wird die auch Zahl der niedergelassenen Fachärzte zukünftig nicht mehr ausreichen, um den steigenden Bedarf zu decken. Die Referentinnen in Workshop C berichten, wie ihre Landkreise auf diese Herausforderung reagiert haben und welche Pläne sie zukünftig umsetzen wollen.



## Praxisbeispiel Steinfurt: Fokus erweitern

Sich nur auf die älteren Menschen zu fokussieren reiche nicht, sagt Kirsten Weßling, Kreis Steinfurt. Vor allem im ländlichen Raum zeigt sich der demografische Wandel nicht nur in der Zunahme älterer pflegebedürftiger Menschen, sondern auch in der Abnahme von pflegerischem und ärztlichem Fachpersonal. Im Kreis Steinfurt wird die Herausforderung „demografischer Wandel“ darum breiter angegangen. Der Kreis setzt auf die verschiedenen Faktoren Standort, Marketing und Fachkräfte.

Zwischen 2006 und 2008 wurde ein Kreisentwicklungsprogramm zusammen mit der Bevölkerung und Vertretern aller relevanten Institutionen erarbeitet. Es wurde ermittelt, was die Menschen bewegt und wie sich der Kreis in Zukunft entwickeln soll. Projektideen wurden gesammelt, die verfügbaren Kapazitäten ausgelotet und mögliche Kooperationspartner identifiziert. Basierend aus den gewonnenen Erkenntnissen soll ein Leitfaden für das Verwaltungshandeln entwickelt werden. Weßling strebt zudem eine Einbindung des Programms in den Kreis- bzw. Landeshaushalt bis 2020 an.

## Ärzte an die Region binden

Um einen aktuellen Überblick über die demografische Situation und die damit einhergehenden Veränderungen zu haben, sammelt der Kreis Steinfurt regelmäßig Daten für Demografieberichte. Es zeigt sich, dass neben einem Mangel an Mobilitätsversorgung auch Defizite der Daseinsvorsorge bei z.B. Einkaufsmöglichkeiten, Sparkassen und Ärzten vorliegen. Ein entscheidendes Problem sieht Weßling in der anstehenden Verrentung eines Drittels der ansässigen Ärzte, ohne dass Nachfolger in Aussicht wären. Der Kreis Steinfurt steu-

ert mit einem runden Tisch dem Ärztemangel entgegen. Im Gespräch mit Vertretern der Uni Münster wird momentan ein Stipendienprogramm für Medizinstudierende entwickelt. Zukünftig sollen jährlich vier Studierende nach Abschluss des Physikums für bis zu vier Jahre mit 500 Euro im Monat gefördert werden. Sie verpflichten sich im Gegenzug, die Facharztausbildung Allgemeinmedizin im Kreis Steinfurt zu machen. Um noch besser über die Wünsche zukünftiger Mediziner Bescheid zu wissen, ließ sich der Kreis von Lehrenden der medizinischen Fakultät beraten, denn „man sitzt da in seiner Verwaltung und liest so ein bisschen und hört ein bisschen rum, aber man weiß ja irgendwie gar nicht, was die Zielgruppe will“, konstatiert Weßling auch selbstkritisch. Dadurch hätten sie z.B. erfahren, dass viele vor einer hohen Arbeitsbelastung als Hausarzt auf dem Land zurückschreckten, sodass neue Arbeitszeitkonzepte nötig werden. Auch die Information über Freizeitaktivitäten, die im ländlichen Raum gut möglich sind (z.B. Reiten) könnten so manchen überzeugen, der findet, dass es „viel cooler [ist], in Berlin oder in Münster zu wohnen, als in Hopst ein Hausarzt zu sein“.

Auch wenn der Kreis nicht direkt die Versorgung vor Ort verbessern kann, so sieht Weßling die Moderation, Koordination und Informationsverteilung als wichtige Aufgabe an. Als erste Maßnahme wurde im Gesundheitsamt ein Gesundheitslotse installiert, der sehr gute Kontakte zur Wirtschaftsförderung und zu den Kommunen pflegt und so zu guten Bedingungen für niederlassungswillige Ärzte beitragen kann.

## Praxisbeispiel Viersen: ambulante Pflege stärken

Katharina Esser konzentriert sich in ihrem Beitrag auf die Projekte und Maßnahmen, die der Kreis Viersen im pflegerischen Bereich unternimmt, um dem demografischen Wandel und seinen Herausforderungen zu begegnen. Auch in Viersen liege die Herausforderung nicht so sehr im Bevölkerungsrückgang, sondern in der Zunahme der alten und sehr alten Menschen. Trotz fortschreitender medizinischer Entwicklung nimmt das Risiko der Hilfe- und Pflegebedürftigkeit im Alter zu — mit unmittelbaren Folgen für die pflegerische Versorgung.

Der Kreis Viersen setzt daher auf eine langfristig angelegte und vorausschauende Pflegeplanung. 2006 wurde das erste Planungsgutachten erstellt, 2012 hat der Kreis dann das Konzept „ambulant statt stationär“ entwickelt und seit 2015 wird die Pflegeplanung jährlich und verbindlich beschlossen. Parallel wird regelmäßig über den pflegerischen Versorgungsstand, über die Versorgungsstruktur und -entwicklung berichtet und mit differenzierten Angeboten reagiert. Die Pflegeplanung richte sich an alle sozialpolitischen Akteure und Träger von pflegerischen Angeboten und erfolge in einem „dialogischen Prozess mit allen Akteuren, die Verantwortung tragen für die Gestaltung der Pflegelandschaft“, sagt Esser. Zudem erfolgt die Planung nicht nur auf der Ebene der neun kreisangehörigen Kommunen und Gemeinden, sondern auf der Ebene von 29 festgelegten Sozialräumen und sei somit bedarfsorientierter, so Esser. Basis für die Planung ist eine sehr genaue Darstellung der Verteilung der Menschen im Kreis; mittels Geoinformationssystemen kann für kleinste Räume die Altersstruktur der dort lebenden Menschen dargestellt werden.

## Gute Pflegeversorgung entscheidend

Die Dichte an Hausärzten im Kreis Viersen ist noch stabil, die Überalterung zeichnet sich jedoch bereits ab. Esser sieht aber keine originäre Zuständigkeit des Kreises in diesem Bereich. Man könne sicher versuchen, weiche Standortfaktoren zu beeinflussen, doch sei eine politische Lösung ihrer Meinung sinnvoller. Mehr Einflussmöglichkeit auf die Versorgung sieht Esser beim Ausbau der ambulanten Pflege und pflegeergänzender Dienste wie Haushaltshilfen, Mahlzeitendienste und Begleitdienste. Esser sieht den Ausbau der ambulant betreuten Wohngemeinschaften, der Tagespflege und Kurzzeitpflege als wichtigen Ansatzpunkt, um „Menschen in Kontakt zu halten und dafür zu sorgen, dass sie selbstständig und aktiv bleiben können“. Tagespflegeplätze werden im Landkreis ausgebaut, schwieriger sei es bei den Kurzzeitpflegeplätzen. Diese seien finanziell unattraktiv für die Träger und würden daher oft in Langzeitplätze umgewandelt und stünden dann nicht mehr zur Verfügung. Mit Hilfe der Pflegeplanungen strebt Viersen nun eine flächendeckende Versorgung in der Kurzzeitpflege an. Der Landesgesetzgeber stünde hier jedoch in der Pflicht, einen wirtschaftlichen Betrieb der Kurzzeitpflege attraktiv zu machen, mahnt Esser.

Neben Fortschritten in der pflegerischen Versorgung hat Viersen auch die kommunale Beratungsstruktur umgebaut. Heute gibt es in jeder kreisangehörigen Kommune eine Seniorenberatungsstelle vor Ort mit der AOK als Partner. Hier findet auch das Case Management statt. Zusätzlich finanziert der Kreis eine gerontopsychiatrische Beratungsstelle.

Ein bislang wenig adressiertes Thema bringt Esser zum Ende ihres Vortrags noch ein: „Was passiert denn eigentlich im Katastrophenfall mit all den Menschen, die jetzt ambulant betreut werden und alleine in ihren Wohnungen sind und die man

retten muss?“ Das Projekt KOPHIS (Kontexte von Pflege- und Hilfebedürftigen stärken), vom BMBF gefördert, erforscht unter Leitung des Deutschen Roten Kreuzes im Kreis Viersen, wie tragfähige Netzwerke zwischen den Pflegebedürftigen, der Zivilgesellschaft und den zuständigen Behörden und Organisationen geknüpft werden können.

## Diskussion: Die Versorgungsquote von 100% ist trügerisch

Wie aussagekräftig sind die Daten zur medizinischen Versorgungslage überhaupt? Unterschiedliche Teilnehmer berichten, dass die Zahlen zur ärztlichen Versorgungslage zu ungenau seien. Laut der Kassenärztlichen Vereinigung gebe es 100% Erfüllung des Bedarfs, die Zahlen gelten jedoch meist für größere Landstriche und eine Unterversorgung an einzelnen Orten sei durchaus vorhanden. Als Lösungsvorschläge werden eigene unabhängige Bedarfsabfragen und die Erstellung demografischer Karten und fortlaufende Interaktion aller beteiligten Stellen genannt.

Moderator von Billerbeck weist auf die Möglichkeiten der Kommunen hin, auch als Träger von ambulanten Einrichtungen, beispielsweise medizinischen Versorgungszentren, zu agieren. Weßling betont, dass Kommunen im Gegensatz zu den Kreisen „vergünstigte Grundstücke zur Verfügung stellen“ können, um medizinische Versorgungszentren zu bauen oder Mediziner anzusiedeln. Bisher sei der Bedarf im Kreis Steinfurt aber noch nicht hoch genug, um über übergeordnete Organisationsstrukturen nachzudenken.

Zum Thema Pflegeplanung fragt Moderator von Billerbeck nach dem tatsächlichen Einfluss der verbindlichen Pflegeplanung auf die wohnortnahen Angebote von Tages- und Kurzzeitpflege: Dazu betont Esser die notwendige Kleinräumigkeit der Planung bis hinunter auf Einzugsgebiete

unterhalb der Sozialräume. Tages- und Kurzzeitpflegeplätze könne man zwar nicht vorschreiben, aber die Träger frühzeitig in die Planung einbeziehen und ggf. über die Beteiligung an der Finanzierung Einfluss nehmen. So sei es im Landkreis Viersen zumindest gelungen, die Anzahl an stationären Pflegeplätzen nicht ungesteuert wachsen zu lassen.

Abschließend warnt ein Teilnehmer, dass eine Steigerung der ambulanten Versorgung durch den Mangel an Pflegefachkräften begrenzt sei. Daher solle man auch die stationäre Versorgung attraktiver machen und in integrierten Zentren betreutes Wohnen, Tagespflege, Kurzzeitpflege und vollstationäre Pflege samt strukturierten Übergängen anbieten.

## Fazit: Landreise steuern aktiv

Für Landkreise gilt es, die ärztliche Versorgung langfristig sicher zu stellen und regionale Pflegeangebote genau zu tarifieren. Sie können auf diese Herausforderung durch die Anwerbung von Fachkräften, eine verbindliche Pflegeplanung und die Integration der Akteure frühzeitig reagieren.

# Wohnen im demografischen Wandel

## Moderation

Dr. Franz Dormann  
Geschäftsführer, Gesund-  
heitsstadt Berlin e.V.

## Beitrag

› Praxisbeispiel Landkreis Düren  
Elke Ricken-Melchert  
Demografiebeauftragte, Landkreis Düren

Im Workshop D werden zahlreiche Beispiele für den aktiven Umgang mit demografischen Veränderungen im nordrhein-westfälischen Landkreis Düren dargestellt. Ausgehend von der Kreisverwaltung verfügt der Landkreis Düren über Strukturen und Projekte, die zu den Themen Wohnen, Mobilität, Pflege, Bildung oder Familie sowohl kreisübergreifende Maßnahmen koordinieren, als auch unterschiedliche Angebote vor Ort anstoßen. Die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger spielt dabei eine große Rolle.

## Eine Palette an Maßnahmen aus dem Landkreis Düren

Der Kreis Düren liegt in der Mitte des Städtedreiecks Aachen, Köln, Bonn. Er ist eher ländlich strukturiert, die Stadt Düren mit zirka 90.000 Einwohnern ist sein Zentrum. Die Demografiebeauftragte des Landkreises, Elke Ricken-Melchert, treiben ähnliche Probleme um wie zahlreiche andere Teilnehmer der Veranstaltungsreihe: Die Einwohnerzahl sinkt, verursacht durch geringe Geburtenraten und Wegzug vornehmlich der jüngeren Bevölkerung. Die Aufnahme von Geflüchteten hat diese Entwicklung seit 2015 gestoppt, sie wird die Veränderung langfristig jedoch nicht aufhalten können. Die Prognosen sagen eine weitere deutliche Abnahme der Einwohner unter 50 Jahren und eine starke Zunahme derjenigen über 50 Jahre voraus. Schon 2025 wird im Kreis Düren jeder Vierte älter als 65 Jahre und jeder Dritte älter als 80 Jahre sein.

## Strukturen und Aktionen der Demografiefarbeit

Bereits 2003 fand daher die erste Zukunftskonferenz im Kreis statt, Folgekonferenzen dann in den Jahren 2004 und 2007. 2006 wurde die Koordinationsstelle „Pro Seniorinnen und Senioren im Kreis Düren“ gegründet, die rund ums Alter berät und unterstützt. Sie hat seit 2006 viele große und kleine Projekte angestoßen: Im Projekt Taschengeld zum Beispiel helfen Jugendliche für ein kleines Taschengeld älteren Personen. Im Projekt Alt-für-Jung-Patenschaften unterstützen Senioren Flüchtlinge und im Projekt Kulturführerschein® werden Senioren dazu ausgebildet, in ihren Städten und Gemeinden Kulturprojekte zu initiieren. Die Koordinierungsstelle organisiert die „Aktiv vor Ort-Treffen“ in Städten und Gemeinden vor allem für alleinstehende Senioren. Im Rahmen eines gemeinsamen Frühstücks werden in lockerer Runde Themen wie

Pflegeberatung, Wohnberatung, Patientenvorsorge, Vollmachten und so weiter besprochen. „Um mich zu ärgern“, schmunzelt Ricken-Melchert, „sagt mein Chef im Landtag (...) „ach, das ist ja nur ein Frühstück““. Doch gerade diese Niedrigschwelligkeit und das Erleben von Gemeinsamkeit in Kombination mit Information und Austausch seien wichtig, davon ist Ricken-Melchert überzeugt.

Weiterhin ist die Koordinationsstelle Anlaufstelle für das Programm EFI-NRW (EFI = Erfahrungswissen für Initiativen). Darin werden so genannte seniorTrainerinnen und -Trainer ausgebildet, Ältere, die das Expertenwissen aus ihrer Berufstätigkeit ehrenamtlich an bürgerschaftliche Initiativen weitergeben.

## Die ganze Bandbreite demografischer Themen bearbeiten

Als weitere Aufgabe begleitet die Koordinationsstelle die „Interessengemeinschaft Seniorenarbeit Raum Düren (ISaR)“. Die ISaR, das sind mittlerweile 2000 Ehrenamtliche und Professionelle, die „sich als Sprachrohr der Seniorinnen und Senioren im Kreis Düren verstehen“, so beschreibt Ricken-Melchert den Anspruch der Gruppe. Eine Sprechergruppe koordiniert Aktivitäten wie Informationsveranstaltungen, Fachtage, Diskussionsforen oder Aktionstage sowie die Arbeit von fünf Themengruppen: Demenz, Wohnen im Alter, Familien / Generationen übergreifende Projekte, Kultur und Begegnung und Armut.

Was genau steckt hinter diesen Begriffen? Ricken-Melchert führt genauer aus: Die Themengruppe Wohnen im Alter beispielsweise organisiert Exkursionen zu altersgerechten Wohnbeispielen und Pflegeheimen, organisiert eine Fachtagung, auf der verschiedene Wohnmodelle vorgestellt werden und führt Befragungen durch, um die Bedürfnisse und Wünsche der Bevöl-

kerung zu ermitteln. Es zeigte sich, dass für viele Gruppen bezahlbarer Wohnraum schwer zu finden sei (Alleinerziehende, Jugendliche, Studierende) und dass es zu wenige Angebote für das Zusammenleben in größeren Gruppen gebe (Großfamilien, Generationen übergreifende Gruppen, Wohngemeinschaften). Verschiedene Wohnprojekte sollen dazu beitragen, diese Defizite anzugehen. Im geplanten Projekt: „Wohnen mit Zukunft im grünen Herzen von Düren“ sollen für Jung und Alt Wohnhäuser und barrierefreie Wohnungen entstehen. Für Begegnung stehen Gemeinschaftsräume zur Verfügung. Bereits jetzt schon bewohnt ist der Caritas-Wohnpark Friedenau. Hier findet man in unmittelbarer Nachbarschaft 50 Eigentumswohnungen, 44 stationäre Pflegewohnplätze, 16 teilstationäre Plätze einer Tagespflege, eine ambulante Pflegestation mit Beratungsbüro und eine Begegnungsstätte als Café. Menschen, die sich noch fit und gesund fühlen „ziehen dort in eine Eigentumswohnung ein und haben später die Möglichkeit, wenn sie merken ihnen geht es nicht mehr ganz so gut, Tagespflege in Anspruch zu nehmen oder auch in das Pflegeheim zu wechseln“. Das Konzept geht auf, Ricken-Melchert hat es selber beobachtet: „Die Kinder gehen nach der Schule dort hin, treffen sich mit der Oma, essen mit der Oma mittags im Café und gehen dann nach Hause“.

## Alt und Jung fördern

Die Themengruppe Familien / Generationen übergreifende Projekte weiß, dass gute Lebensbedingungen für Ältere auch vom Zusammenleben mit jüngeren Generationen abhängig ist und beschäftigt sich daher mit der Frage, wie der Landkreis Düren für Familien attraktiver werden kann. Dazu verfolgt der Kreis verschiedene Ansätze: Die Kinderbetreuung müsse umfassend und günstig sein. 98% der Kinder ab drei Jahren haben einen Kindergartenplatz, die Versorgungsquote von 38% für die unter 3-Jährigen müsse allerdings

noch gesteigert werden, so Ricken-Melchert. Statt des in NRW üblichen beitragsfreien letzten Kindergartenjahrs ist in Düren die gesamte Kindergartenzeit kostenlos. Ricken-Melchert glaubt, dass das überzeugt: „Das ist für viele Eltern auch ein Grund in den Kreis Düren zu ziehen, weil man genau weiß, wir haben jetzt ein Kind und planen ein weiteres Kind, wir sparen also locker 500€ im Monat im ersten Jahr an Kindergartengebühren“. Doch auch über die Kinderbetreuung hinaus will der Kreis Familien unterstützen – alle Familien, nicht nur, wie meist üblich, diejenigen, die Schwierigkeiten haben. Dafür wurde 2008 die Initiative „Familie im Kreis Düren – Eine runde Sache“ gegründet, die jährliche Aktionstage veranstaltet, einen Familienwegweiser und einen Familienbericht herausgibt. Zusätzlich werden Familien mit Rabatten beim Bäcker, beim Frisör, in Freizeiteinrichtungen, bei Kulturveranstaltungen und vielem mehr unterstützt.

## Ambulante Pflege soll Vorrang haben

Weitere wichtige Themen im Kreis Düren und der ISaR sind Gesundheit und Pflege. In der Pflege werde „schon lange der Grundansatz ambulant statt stationär“ verfolgt, stellt Ricken-Melchert den Grundgedanken vor. So verfügt der Kreis mittlerweile über acht ambulant betreute Wohngemeinschaften, deren Förderung das neue Altenpflegegesetz vorsieht. Mehr Tagespflegeeinrichtungen sollen entstehen, eine Pflegeberatungsstelle und ein Pflegestützpunkt sind Anlaufstellen für Ältere und ihre Angehörigen. Die verbindliche Pflegeplanung des Kreistages stelle sicher, dass „nur noch vollstationäre Plätze errichtet werden, wenn der Bedarf anerkannt wird“. Dies führe dazu, so Ricken-Melchert, dass „viel mehr ambulante Maßnahmen entwickelt werden“. Sie ist überzeugt, dass dadurch vielen Menschen das (Weiter)Wohnen in der eigenen Häuslichkeit ermöglicht werde. Unterstützt werden die Senioren durch haushaltsnahe

Angebote und eine eigens eingerichtete Wohnberatungsstelle. Deren Mitarbeiter führen Hausbesuche durch und beraten dazu, wie eine Veränderung der Wohnung die Pflege erleichtert, wie Unfälle im Haushalt vermieden werden können, welche Hilfsmittel den Alltag erleichtern und welche Finanzierungsmöglichkeiten es gibt.

## Mobil und gleichzeitig vor Ort sein

Die größeren Städte im Kreis Düren sind gut an das Schnellstraßennetz und den Öffentlichen Personennahverkehr angebunden. Schlechter sieht es bei den kleineren Ortschaften aus. „Da fährt oft nur morgens ein Bus und abends ein Bus“, das sei für Menschen ohne Auto, Ältere und Familien ein Problem, so Ricken-Melchert. Deswegen erstellt der Kreis jetzt einen Nahverkehrsplan und hat die ersten niedrigschwelligen Mobilitätsangebote gestartet. In drei Kommunen gibt es nun Bürgerbusse und in einem Ortsteil der Gemeinde Hürtgenwald gibt es neuerdings ein Dorfauto. In einigen Kommunen werden Fußgänger-Checks angeboten. Dabei begehen Mitarbeiter des Kreises mit älteren Personen die Nachbarschaft und schauen, was nötig ist, damit die Menschen dort länger wohnen bleiben können. Gute Mobilität vor Ort nutze jedoch wenig, wenn wichtige Angebote in den Dörfern nicht mehr vorhanden sind. Dort, wo die letzten Dorfäden vor Jahrzehnten geschlossen worden sind und die Menschen mit dem Auto zu Supermärkten in der nächsten Stadt gefahren sind, eröffnen nun wieder geförderte Läden. In einer Ortschaft gibt es sogar einen rollenden Supermarkt namens „HEIKO Kaufzuhaus“.

## Dorfkonferenzen: Aktivität im Mikrokosmos

Nach einer der Zukunftskonferenz entstand die Idee, den Austausch und das Engagement der Menschen in den kleinen Ortschaften zu fördern. Daraus wurde das Konzept der Dorfkonferenzen entwickelt. In Dörfern mit 600, 700 Einwohnern finden Konferenzen statt, auf denen mit den Bewohnern überlegt wird, was das Dorf weiterhin lebenswert erhält. Bis heute haben bereits 31 Konferenzen stattgefunden, die sich großer Beliebtheit erfreuen.

## Fazit: Mit den Menschen aktiv werden

Am Beispiel eines Landkreises kann man sehen, wie viele Möglichkeiten es gibt, mit dem demografischen Wandel umzugehen. Erfolgreich sind die niedrigschwelligen Angebote, die direkt in der Lebenswelt der Menschen stattfinden und die Betroffenen aktiv in die Gestaltung einbeziehen.

# Hannover

# 08.11.2017

## Workshop A

- › Gestaltung der Altenhilfe/Fachkräftegewinnung  
in der Medizin und Pflege in ländlichen Regionen 54

## Workshop B

- › Was brauchen die Menschen an Beratung vor Ort,  
wie können die Kommunen steuern? /  
Finanzierung demografischer Wandel durch die  
Kommunen und Fördermöglichkeiten 57



# Gestaltung der Altenhilfe / Fachkräftegewinnung in der Medizin und Pflege in ländlichen Regionen

## Moderation

**Ulf Fink**  
Senator a.D., Vorsitzender,  
Gesundheitsstadt  
Berlin e.V.

## Beiträge

› **Passgenaue Herausforderungen der Altenhilfe im demografischen Wandel**  
Pastorin Dr. Johanna Will-Armstrong  
Vorstand der v. Bodelschwingschen Stiftungen  
Bethel, Bielefeld

› **Gestaltung der Altenhilfe in Hannover**  
Konstanze Beckedorf  
Sozial- und Sportdezernentin, Hannover

› **Meilenstein – Weiterbildungsgesellschaft für Ärztinnen und Ärzte im Landkreis Emsland gGmbH**  
Julia Thole  
Weiterbildungsgesellschaft  
Meilenstein, Landkreis  
Emsland

Geschätzte 4,5 Millionen Menschen werden im Jahr 2050 pflegebedürftig sein. Dem gegenüber stehen ein Bedarf an geeigneten Versorgungsstrukturen sowie ein wachsender Fachkräftemangel. Gerade in ländlichen Regionen werden dringend Lösungen benötigt. Drei Referentinnen berichten über ihre Erfahrungen und Erfolge im Raum Bielefeld, Hannover und dem Emsland.



## „Kommunale Kompetenzen stärken und Finanzierung verbessern“

Der siebte Bericht der Bundesregierung zur Lage der älteren Generationen legt viel Gewicht auf die Gestaltungsaufgaben der Kommunen. Gleichwohl haben viele Kommunen, gerade in ländlichen Regionen, nicht die finanziellen Mittel, um sich dieser Aufgabe zu stellen. Dr. Johanna Will-Armstrong berichtet aus den Erfahrungen der v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel. Das diakonische Unternehmen betreibt mehrere Einrichtungen der stationären Altenhilfe in sieben Bundesländern.

Um dem steigenden Pflegebedarf in Zukunft zu begegnen, böten sich zwei Lösungen an: der Ausbau der häuslichen und quartiersbezogenen Versorgung, oder eine Erweiterung der stationären Einrichtungen. Letzteres wäre ökonomisch günstiger und leichter umzusetzen. Will-Armstrong stellt ein Modellprojekt der Stadt Bielefeld vor. Dort wird in Kooperation mit der Stiftung Wohlfahrtspflege in NRW, der Diakonie, der Arbeiterwohlfahrt und Hochschulpartnern eine bestehende stationäre Einrichtung in der Altenhilfe zu einem multiprofessionellen Gesundheitszentrum weiterentwickelt. Das Projekt „Pflege Inklusiv“ versammelt ambulante und stationäre Angebote, verschiedene Professionen und Dienstleister unter einem Dach. Eine besondere Rolle spielt der Übergang von der stationären zur palliativen Versorgung. „Über 50 Prozent der Menschen sterben in stationären Einrichtungen der Altenhilfe, nicht in Hospizen oder zu Hause“, so Will-Armstrong. Die stationäre Pflege und das Hospiz in einem Zentrum zu lokalisieren sei daher wünschenswert.

Das Projekt ist auf drei Jahre angelegt und hat das erste Jahr abgeschlossen. Ausgehend von den Erfahrungen plant die diakonische Einrichtung eine ähnliche, an die dortigen Bedürfnisse und sozialen Bedingungen angepasste Weiterentwicklung

im ländlichen Kreis Diepholz. Dort gibt es bereits eine gut ausgelastete stationäre Einrichtung, die um ambulante und tagespflegerische Angebote sowie Einkaufsmöglichkeiten und anderes erweitert werden könnte.

Will-Armstrong sieht vor allem in der räumlichen Nähe der Angebote zueinander einen großen Vorteil. In ländlichen Regionen sind die medizinische und die palliative Versorgung oft nicht mehr sichergestellt. Eine Zusammenarbeit der kommunalen Pflege-, Gesundheits- und Sozialplanung sei hierfür unverzichtbar, so Will-Armstrong.

Die Kommunen übernehmen oft die Vernetzung der verschiedenen Akteure in der Altenhilfe — dabei sind Wohlfahrtsverbände, Sozialverbände, Kirchen, freie Vereine und bürgerschaftliches Engagement. Diese Arbeit biete aber keine nachhaltigen Konzepte, so Will-Armstrongs Erfahrung. Diakonische Träger könnten hier Unterstützung leisten und helfen, dass „sorgende Gemeinschaften wachsen können“.

## „Alter(n)sgerechte Quartiersentwicklung“

Konstanze Beckedorf, Hannovers Sozial- und Sportdezernentin, berichtet über die Versorgungsstrukturen in der Region Hannover mit insgesamt ca. einer Million Einwohnern. Dort fällt die Zuständigkeit für die so genannte „Generation 60plus“ seit 2003 in ein Sonderdezernat, den „Fachbereich Senioren“. Gleichzeitig wird die sozialräumliche Entwicklung in der Region beobachtet und in einem so genannten Seniorenplan für die Zukunft berücksichtigt.

Der Fachbereich Senioren beschäftigt sich mit sämtlichen Fragen des Alterns. Erfahrungsgemäß, so Beckedorf, seien Wohnen und soziale Einbindung bis ins höhere Alter die wichtigsten Themen. Erst ab 75, oft auch erst ab 80 Jahren, kommt der Be-

darf nach Unterstützung und Pflege hinzu. Das Dezernat ist auch für sieben kommunale Alten- und Pflegezentren zuständig. Zur besseren Aufgabenkoordination wird eng mit den Wohlfahrtsverbänden kooperiert. „Wir haben da eine bewusste sozialpolitische Entscheidung getroffen“, so Beckedorf. „Es gibt kaum noch Kommunen, die eigene Alten- und Pflegezentren betreiben.“

Der Fachbereich Senioren übernimmt nicht nur die klassischen Aufgaben, wie die Schaffung von Schnittstellen zwischen ambulanter, teilstationärer und vollstationärer Versorgung, sondern agiert auch im sozialen Bereich. Darin enthalten sind beispielsweise begleitende und beratende Dienste, aber auch sozialraumorientierte Arbeit zur Schaffung von barrierefreiem und preisgünstigem Wohnraum. Die Region steht hier im Dialog mit der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. Außerdem sollen Versorgungs- und Beratungsleistungen dezentralisiert, die Vernetzung der Akteure vor Ort gefördert, Dienstleistungen ausgebaut und Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden. Das Konzept ist generationenübergreifend; Beckedorf spricht von einer „alter(n)sgerichten Quartiersentwicklung“.

Wie die Quartiere der Zukunft aussehen sollen, beschreibt das Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“, entstanden aus einem breiten öffentlichen Stadtentwicklungsdialo 2013. Begleitet wird die Entwicklung von Quartierskoordinatoren als „Kümmerer“. Der Fachbereich Senioren hat bisher vier solche Stellen eingerichtet; es gibt jedoch auch freie Träger, die hier aktiv sind.

Im Mai 2017 gab es außerdem einen Austausch mit stationären Pflegeeinrichtungen zur Neuausrichtung und zur Öffnung ins Quartier, dessen Ergebnisse nun konzeptionell umgesetzt werden. Die ersten Schritte sind eine Ideenwerkstatt mit Bürgerbeteiligung und einer anschließenden Sozialanalyse. Im Ergebnis sollen Quar-

tierszentren entstehen, die von sektorenübergreifenden Versorgungsstrukturen über generationenübergreifende Angebote bis hin zu Beratungs- und Entlassungsangeboten für Angehörige alles unter einem Dach versammeln.

## Die ärztliche Versorgung in ländlichen Regionen sichern

Julia Thole ist Managerin bei der Weiterbildungsgesellschaft Meilenstein, die sich zum Ziel gesetzt hat, der ärztlichen Mangelversorgung im Landkreis Emsland entgegenzuwirken. Thole berichtet, dass das ländlich geprägte Emsland für seine 320.000 Einwohner und sechs Krankenhäuser jetzt schon zu wenige Ärzte vor Ort hat: laut Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung fehlen Ärzte für 21 Sitze, und die Tendenz ist steigend. Hinzu kommt, dass viele Hausärzte bereits die 60 überschritten haben und junge Ärzte oft keine Einzelpraxis übernehmen möchten. Die Weiterbildungsgesellschaft Meilenstein entwickelte finanzielle und inhaltliche Förderprogramme, um das Emsland für den medizinischen Nachwuchs attraktiv zu machen. Der Schwerpunkt der Förderung liegt auf der Allgemeinmedizin und läuft seit 2014. Insgesamt wurden bisher 400.000 Euro Fördergelder vergeben. Koordiniert wird das Programm von der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen.

Meilenstein bietet Stipendien für Medizinstudierende, die sich bereits zu Beginn ihres Studiums auf eine Facharztausbildung zur Allgemeinmedizin festlegen können. Die Studierenden bekommen 500 Euro monatlich über die Regelstudienzeit von 75 Monaten, wenn sie sich im Gegenzug verpflichten, fünf Jahre im Emsland als Arzt zu arbeiten.

Während der Famulatur, einem vier Mal einmonatigen Pflichtpraktikum für Medizinstudierende, bietet Meilenstein 500 Euro, wenn der allgemeinmedizinische Pflichtteil bei einem Hausarzt im Emsland geleistet wird. Im letzten Jahr des Medizinstudiums bietet Meilenstein 400 Euro monatlich für Studierende, die ihr praktisches Jahr (12 Monate) in einem der zwei Lehrkrankenhäuser im Emsland absolvieren. Häufig blieben die Studierenden danach zur Weiterbildung, so Thole.

Auch für angehende Fachärzte der Allgemeinmedizin bietet Meilenstein eine Förderung an. Zwei der fünf Weiterbildungsjahre können im ambulanten Bereich im Emsland stattfinden und werden mit 500 Euro im Monat gefördert. Für alle, die danach im Emsland bleiben und hausärztlich tätig werden, wird noch eine Bonuszahlung von 10.000 Euro geboten.

Eine 2016 durchgeführte Umfrage unter den geförderten Studierenden zeigte, dass die finanzielle Unterstützung bei ungefähr einem Viertel ein Grund für die Entscheidung war, ins Emsland zu gehen. 80% der finanziell Unterstützten könnten sich vorstellen, später auch im Emsland zu arbeiten.

Viele Medizinstudierenden wünschen sich laut der Umfrage eine gute Begleitung während ihrer Ausbildung und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Fortbildungsmöglichkeiten für ihre Zukunft. Meilenstein bietet daher auch Fortbildungsmöglichkeiten. Arbeit in Gemeinschaftspraxen oder medizinischen Versorgungszentren ermöglichen flexible Arbeitszeitmodelle. Damit wirkt Meilenstein dem drohenden Ärztemangel im Emsland positiv entgegen.

## Fazit: Möglichkeiten der Kommunen nutzen

Auf den Kommunen lastet ein Großteil der Aufgaben, die der demografische Wandel mit sich bringt. Häufig reichen die finanziellen Mittel jedoch nicht, um den Herausforderungen adäquat begegnen zu können. Ein gutes nachhaltiges und ökonomisches Konzept könnte die Bildung von multiprofessionellen Gesundheits- oder Quartierszentren sein. Hinzu kommt der Mangel an ärztlicher und palliativer Versorgung insbesondere auf dem Land, dem mit Fördermitteln für angehende Ärzte entgegen gesteuert wird. In jedem Fall ist das Zusammenspiel der Kommunen mit den freien Trägern und anderen, insbesondere auch ehrenamtlichen Akteuren, wünschenswert und wird von kommunaler Seite als eine Hauptaufgabe angesehen.

# Was brauchen die Menschen an Beratung vor Ort, wie können die Kommunen steuern? / Finanzierung demografischer Wandel durch die Kommunen und Fördermöglichkeiten

## Moderation

**Ulf Fink**  
Senator a.D., Vorsitzender,  
Gesundheitsstadt  
Berlin e.V.

## Beiträge

› **Beispiel Dorfbudget als niedrigschwellige Maßnahme**  
Regina Meyer  
Leiterin Referat Demografie und Sozialplanung, Landkreis Göttingen

› **Fördermöglichkeiten für Kommunen in Niedersachsen am Beispiel von LEADER**  
Antje Schlüter  
Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Referat Integrierte Regionalentwicklung und ländlicher Raum, ELER-Verwaltungsbehörde, Abteilung Raumordnung, Landentwicklung, Förderung

Der letzte Workshop der Veranstaltungsreihe thematisiert die komplexe Förderlandschaft der EU, des Bundes und der Länder. Er zeigt am Beispiel der Dorfbudgets und des Förderprogramms LEADER, wie Dörfer und Regionen handlungsfähig bleiben und regionale Akteure einbezogen werden. Die Diskussion zeigt, dass eine kompetente Förderungsberatung vor Ort unverzichtbar ist und fordert die Etablierung von einheitlichen Strukturen, um Regionen in ihren unterschiedlichen Bedürfnissen zu unterstützen.

## Kommunale Handlungsfähigkeit im Landkreis Göttingen

Aus der Fusion der Landkreise Göttingen und Osterode am Harz entstand 2016 der Landkreis Göttingen: Über 1.700 Quadratkilometer groß erstreckt er sich vom Harz bis an die Weser, 320.000 Menschen leben hier. In seiner Mitte findet sich das boomende Oberzentrum Stadt Göttingen mit 120.000 Einwohnern, umgeben von z.T. sehr ländlich geprägten Regionen.

Seit 2012 beschäftigt sich der Landkreis intensiv mit den Herausforderungen des demografischen Wandels. Regina Meyer, Demografiebeauftragte und Leiterin des Referats Demografie und Sozialplanung, beschreibt, wie sie zunächst in ihrer Behörde den demografischen Wandel als Querschnittsthema der Bereiche Gleichstellung, Klima, Inklusion, Jugend, Soziales, Bildung, Bauen und Kreisentwicklung aufgestellt hat. Zentrales Instrument dafür war die kreisverwaltungsinterne Querschnitts-AG Demografie, der extern der Demografie-Beirat aus gesellschaftlichen Akteuren beratend zur Seite gestellt wurde.

## Dorfmoderation und Dorfbudget

2014 wurde der Demografiebericht des Landkreises Göttingen veröffentlicht. In acht Handlungsfeldern wurde regionale Solidarität aus zwei Blickrichtungen als Gesamtziel formuliert: Der demografische Strukturwandel brauche „ein größeres Denken [im Landkreis], aber gleichzeitig brauchen wir auch die Identitätswahrung der kleinsten Einheiten und das sind die Stadtteile und die Dörfer“, so beschreibt Meyer die Verbindung aus Top-down- und Bottom-up-Strukturen.

Eine wichtige Struktur dieses „Doppelpacks“ ist die Dorfmoderation. Die Referentin bezeichnet sie als „verstetigte Dorfentwicklung“, bei der ein ehrenamtliches Dorfmoderationsteam durch regelmäßige Ideenwerkstätten, Zukunftswerkstätten und Dorfversammlungen die Dorfbevölkerung bei der Entwicklung von Projektideen unterstützt. Die übergeordneten Strukturen wie Kommune, Stadt oder Landkreis beraten die Dörfer dann dabei, für diese Konzepte finanzielle Mittel zu organisieren, vor allem über Förderprogramme. Zusätzlich unterstütze der Kreistag ganz verwaltungstypisch: Meyer und ihre Dezernenten haben sich gedacht, „wir müssen etwas Unbürokratisches machen, [...] wo das Geld ruckzuck da ankommt, wo es gebraucht wird“. Das Dorfbudget war geboren: Maximal 500 Euro pro Ort können von den Ortschaften bei der Demografiebeauftragten beantragt werden. Knappe Anträge zu Investitionen, die der Dorfentwicklung nutzen, werden im Referat auf kurzem Wege bewilligt, und so können Mitfahrbänke, die Ausstattung eines Dorfgemeinschaftshauses oder Jugendveranstaltungen finanziert werden. Wichtig dabei, so Meyer, sei die Abstimmung mit der Kommune, die sich nicht übergangen fühlen dürfe.

## Dörfer handlungsfähig machen

Neben dem praktischen Nutzen der vielen kleinen Projekte, die über das Dorfbudget von den Dörfern umgesetzt werden können, sieht Meyer das Verfahren auch als „Türöffner“, der den Kontakt zu den Dörfern stärke und die Diskussion über weitere Maßnahmen starten könne.

Meyer sieht das Dorfbudget auch als einen Schritt auf dem Weg, „den Kommunen ein Stück weit mehr kommunale Selbstverwaltungsmittel wieder zu geben“. Gleichzeitig müsse aber auch eine übergeordnete Steuerungsfunktion erhalten bleiben, um die Gleichwertigkeit der Lebens-

verhältnisse in der Fläche der Bundesrepublik zu sichern. Eine Weiterentwicklung, die Meyer sich dazu vorstellen kann, wäre eine „Gemeinschaftsaufgabe Daseinsvorsorge“, ein flexibleres Förderinstrument für soziale Dorfentwicklung.

## Das LEADER-Programm ermächtigt niedersächsische Regionen

Antje Schlüter aus dem niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, beginnt ihren Vortrag mit einem Überblick über die für die demografische Herausforderung in Niedersachsen relevanten Förderprogramme der Europäischen Union. Diese sind:

- der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) mit dem Ziel, Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Regionen zu beseitigen,
- der Europäische Sozialfonds (ESF), der Beschäftigung und soziale Integration fördert und auch Projekte der Daseinsfürsorge und kommunale Projekte finanziert (EFRE und ESF werden in Niedersachsen über das Multifondsprogramm umgesetzt),
- der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF), der nicht nur Fischer, sondern auch Küstengemeinden bei der Erschließung neuer Wirtschaftstätigkeiten und der Verbesserung der Lebensqualität unterstützt,
- der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Er wird in Niedersachsen über das PFEIL-Programm = Programm zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2014-2020 umgesetzt.

ELER bzw. PFEIL gliedern sich in sechs Prioritäten. Die Priorität 6 (Soziale Inklusion, Armutsbekämpfung und wirtschaftliche Entwicklung) enthält das Förderprogramm LEADER. LEADER steht für Liaison entre actions de développement de l'économie rurale, also die Verbindung von Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft. Der LEADER-Ansatz zielt auf eine eigenständige Regionalentwicklung auf der Basis freiwilliger Kooperationen in den ländlichen Gebieten. LEADER adressiert dazu größere Regionen, die nicht zwingend durch Kommunengrenzen definiert sind. Diese Regionen sollen „sich als Einheit begreifen, eine eigene Identität aufweisen können und gemeinsam an etwas arbeiten“, so Schlüter.

In Niedersachsen wurden nach einem Wettbewerb 41 Regionen zur Förderung ausgewählt, die bis 2023 in der Regel jeweils 2,4 Millionen Euro als nicht rückzahlbare Zuwendung erhalten, in Ausnahmefällen bis zu 2,8 Millionen Euro. Der finanzielle Eigenanteil der Regionen beträgt 20%. Das Besondere am LEADER-Konzept ist, dass die Fördergegenstände sehr allgemein gefasst sind. Anders als bei anderen Förderprogrammen, die einheitliche Förderregelungen haben, setzt sich bei LEADER jede Region ein eigenes Entwicklungsziel, definiert Handlungsfelder und legt individuell fest, was, wer und in welcher Höhe gefördert werden soll. Dazu Schlüter: „Bei LEADER muss man in die Region gucken, in das jeweilige Entwicklungskonzept, um zu wissen, was ist förderfähig und mit welchem Satz, mit welchen Mitteln kann gefördert werden.“

## Lokale Aktionsgruppen entscheiden vor Ort

Die Entscheidungen zur Förderung konkreter Projekte werden in jeder LEADER-Region von der sog. „Lokale Aktionsgruppe (LAG)“ getroffen, die paritätisch aus privaten und öffentlichen Akteuren zusammengesetzt ist. Entsteht in einer Region eine Projektidee, so wird diese

zunächst der LAG vorgestellt. Entscheidet sich diese für eine Förderung durch LEADER-Mittel, kommt es zur formalen Antragstellung bei der Bewilligungsbehörde (in Niedersachsen die Ämter für regionale Landesentwicklung). Ansprechpartner für Projektträger und Menschen mit Projektideen sind die Regionalmanagements mit ihren Geschäftsstellen vor Ort in jeder LEADER-Region.

## Diskussion: Förderberatung notwendig

Das vorherrschende Thema der Diskussion ist die Notwendigkeit, die komplexe Förderlandschaft für Bürger, lokale Gruppen und Kommunen transparent und nutzbar zu machen. Allein herauszufinden, ob, wo und wie eine Projektidee gefördert werden könne, sei oftmals ein Kraftakt. Die Workshop-Teilnehmer sind sich einig, dass einheitliche Strukturen für Förderberatungen geschaffen werden müssen. Diese sollten ressortübergreifend und am besten oberhalb der kommunalen Ebene z.B. bei den Landkreisen stattfinden oder bei den Regionen angesiedelt sein. Frau Schlüter verweist dazu auf die Regionalmanagements oder die Ämter für regionale Landesentwicklung mit ihren Außenstellen. Wichtig sei, dass die Förderberatung sowohl EU-Ebene als auch Bundes- und Landesebene umfasse.

Auch Qualifizierung der Berater sei wichtig, eine geeignete Grundausbildung, die dann durch Einzelfortbildungen erweitert werden müsse. Wichtig für Förderungsberater und Regionalmanager sei zudem Sozialkompetenz und Spaß am Kontakt zu Menschen. Ein Teilnehmer urteilt: „Also wenn jemand sich als Regionalmanager nur in seinem Büro verkriecht und sagt: „Ja, mal gucken, welche Richtlinien auf meinem Schreibtisch landen“, dann wird er nicht weit kommen.“ Auch Vernetzung mit anderen Regionalmanagern und Kompetenzträgern anderer Behörden sind wichtig: „je besser man vernetzt ist, desto besser kann man helfen.“

Weiterhin tauschen sich die Teilnehmer über weitere Förderprogramme aus wie das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE), die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendung zur integrierten ländlichen Entwicklung (ZILE) oder die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE). ILE ähnelt LEADER im Fokus auf Regionen, auch hier wird Regionalmanagement gefördert. Anders als bei LEADER haben die Regionen jedoch kein eigenes Budget und keine Lokale Aktionsgruppe. Oft seien die Regionalmanagements jedoch in den ILE-Regionen nicht gut bekannt.

## Fazit: Unterschiedliche Voraussetzungen der Kommunen beachten

Zum Ende des letzten Workshops der Veranstaltungsreihe zieht der Moderator sein Fazit aus den vier Veranstaltungen an unterschiedlichen Orten. Seine Quintessenz sei, dass die Kommunen in ihrer Meisterung des demografischen Wandels „unglaublich unterschiedlich [...] in Bezug auf Finanzausstattung, Kompetenzen, Netzwerken, der Administrierung von Schnittstellen und der Hebung des Erfahrungswissens“ aufgestellt sind. Daher sei es das zentrale Thema, ein Angebot zu schaffen, das Kommunen in ihrer Unterschiedlichkeit bestmöglich unterstützt. Eine Möglichkeit würden Veranstaltungen wie diese bieten, auf der sich die Interessierten fortbilden und vernetzen könnten.



Pastorin Dr. Johanna Will-Armstrong  
Vorstand, v. Bodelschwingsche Stiftungen Bethel

# Namensindex

## B

Barley, Dr. Katarina 3  
Beckedorf, Konstanze 54  
Billerbeck, Felix von 39, 42, 46  
Bode, Sarah 24  
Bieser, Bruno 5

## C

Cirkel, Michael 43

## D

Dormann, Dr. Franz 11, 18, 27,  
30, 31, 43, 49

## E

Esser, Katharina 46

## F

Fink, Ulf 8, 14, 15, 24, 34, 54, 57

## G

Gertitschke, Gerhard 27  
Goßner, Axel 31

## H

Harig, Michael 11  
Herzog, Mark 34

## K

Köhler, Wilfried 18

## M

Martin, Josef 27  
Meyer, Margarete 39  
Meyer, Regina 57

## P

Pohlmann, Reinhard 39

## R

Ricken-Melchert, Elke 49

## S

Scheer, Dirk 15  
Schifferdecker, Christiane 18, 21  
Schlüter, Antje 57  
Seeger, MinR Joachim 8  
Sigel, Dr. Richard 31  
Stoll, Claus-Dieter 24

## T

Thole, Julia 54

## V

Viehweger, Dr. Axel 8

## W

Weßling, Kirsten 46  
Will-Armstrong, Dr. Johanna 54, 60

# Impressum

## Bericht

IGES Institut GmbH  
Friedrichstraße 180  
10117 Berlin  
[www.iges.com](http://www.iges.com)

## Projektleitung

Agata Daroszewska

## Gestaltung

M.O.R. Design GbR  
[www.mor-design.de](http://www.mor-design.de)

## Fotos

[www.gesundheitsstadt-berlin.de](http://www.gesundheitsstadt-berlin.de)

## Redaktion

- › Iris Fegerl
- › Dr. med. Patricia Hänel
- › Dr. rer. medic.  
Birgit Hollenbach

## Verantwortlich

Dr. Franz Dormann  
Geschäftsführer  
Gesundheitsstadt Berlin e.V.

## Veranstalter der Fachtagungen

Gesundheitsstadt Berlin e.V.  
Geschäftsführer:  
Dr. Franz Dormann

Schützenstraße 6a  
10117 Berlin

## Projektleitung

Felix von Billerbeck  
Marie Schaefer

Erstellung des Berichts  
gefördert durch:



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend



